

Wunsch und das Bedürfnis nach Generationenbeziehungen im Erwachsenenalter. Ähnliches gilt für Rollenerwartungen an Töchter und Söhne, Mütter und Väter. Die Anzahl der anderen Familienangehörigen kann ebenfalls das Bedürfnis nach Solidarität in Hinblick auf einen bestimmten Angehörigen der anderen Generation beeinflussen (Pfeil 6). Umgekehrt gehen Familienstrukturen auch auf die individuellen Bedürfnisse nach Generationensolidarität zurück (Pfeil 7). Die Kinderanzahl ist hierfür ein gutes Beispiel. Zudem: Welche Bilder von typischen und erstrebenswerten intergenerationalen Verhältnissen innerhalb einer bestimmten Familie vorherrschen, hängt wesentlich von den tatsächlich gelebten sowie den erwünschten Beziehungen ab. Dabei versuchen die Individuen, ihre Chancen auf Bedürfnisbefriedigung dadurch zu erhöhen, indem sie sie als allgemeingültige Regelsätze in ihr Familiensystem implantieren (z.B. 'Töchter sollten ihre alten Eltern pflegen').

**Kulturell-kontextuelle Strukturen** stellen gesellschaftliche Rahmenbedingungen dar, innerhalb derer sich intergenerationale Beziehungen entwickeln und ausdrücken. Dazu gehören Bedingungen des Gesellschafts-, Wirtschafts- und Steuersystems, des Wohlfahrtsstaates und des Arbeits- und Wohnungsmarktes genauso wie die spezifischen Regeln und Normen von bestimmten Institutionen und Gruppen. Eine der zentralen Thesen der vorliegenden Studie ist, daß sich die unterschiedlichen Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der 'alten' Bundesrepublik Deutschland in differierenden Ausprägungen familialer Generationensolidarität bemerkbar machen. Divergenzen zwischen ost- und westdeutschen Generationenbeziehungen sind in erster Linie auf unterschiedliche kulturell-kontextuelle Strukturen zurückzuführen.

Die kulturell-kontextuellen Strukturen manifestieren jedoch nicht nur Differenzen zwischen, sondern auch innerhalb politischer Ökonomien. Beispiele hierfür sind spezifische familiäre Generationenbeziehungen von gesellschaftlichen Generationen, von Angehörigen bestimmter Sozialschichten, von ethnischen Minoritäten sowie von Kirchenmitgliedern.

Im ersten Teil dieses Kapitels wurde auf vielfältige Verbindungen zwischen gesellschaftlichen und familialen Generationen hingewiesen. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Geburtsjahrgangskohorte kann die familiäre Generationensolidarität beeinflussen. Neben demographischen Besonderheiten wie der Anzahl der Verwandten können spezifische historische Ereignisse sowie 'Zeitgeiste' je nach Geburtskohorte zu unterschiedlichen Ansichten und Verhaltensweisen führen, die die familialen Generationenbeziehungen prägen. Damit erweist sich die Unterscheidung zwischen familialen und gesellschaftlichen Generationen als fruchtbar für die Hypothesengenerierung in Hinblick auf familiäre Generationensolidarität. Man kann z.B. die These aufstellen, daß die Mitglieder der 68er Generation vergleichsweise flüchtige Beziehungen zu ihren Eltern unterhalten (s. z.B. Clausen 1993: 114 sowie Abschnitt 2.1.2). Allerdings gilt diese These nur

für westdeutsche Generationenverhältnisse. Aufgrund des Fehlens einer 68er Generation in der DDR sollten die empirischen Analysen keine flüchtigeren Beziehungen der entsprechenden ostdeutschen Geburtsjahrgänge ergeben.

Die Schichtzugehörigkeit kann den Opportunitätsstrukturen zugerechnet werden, wenn es um Ressourcen für intergenerationale Transfers geht, sie ist aber auch ein Indikator für kulturell-kontextuelle Strukturen. Eine These lautet, daß höhere Bildungsschichten aufgrund eines höheren kulturellen Kapitals (Bourdieu 1983) 'pfleglicher' miteinander umgehen. Die geringeren ökonomischen Belastungen dürften ebenfalls eine große Rolle spielen. Francois de Singly (1993: 180f.) argumentiert, daß Eltern die Kinder präferieren, die ein höheres schulisches Kapital erworben haben. Moen (1993: 252) berichtet jedoch von Untersuchungen, nach denen Mütter und Töchter aus dem Arbeitermilieu im Unterschied zu Angehörigen der Mittelschicht "eine gute Beziehung" haben können.

Clausen (1993: 112) stellt fest, daß die Familiensolidarität in den USA unter lateinamerikanischen und asiatischen Familien wesentlich stärker ausgeprägt ist als in der weißen, angelsächsischen Bevölkerung (vgl. Rossi, Rossi 1990: 239ff. sowie Eichentopf 1991). Dabei sind differierende intergenerationale Beziehungen nicht zuletzt auf die jeweiligen besonderen Normen und Verhaltensweisen zurückzuführen. Ausgeprägte ökonomisch-utilitaristische Nutzenerwartungen der Eltern können zu Erziehungsstilen führen, die die Loyalität der Kinder zu ihnen fördern (Nauck 1989: 56, 54). Gleichzeitig tendieren Minoritäten (beispielsweise gleicher ethnischer Herkunft) dazu, untereinander engere Bindungen aufzubauen und zu pflegen (vgl. Liegle 1991).

Schließlich stellt die Konfessionszugehörigkeit einen nicht zu vernachlässigenden kulturellen Kontext dar. Insbesondere aktive Kirchenmitglieder, so die These, berichten aufgrund der expliziten und impliziten Ge- und Verbote (z.B. das Gebot, seinen Vater und seine Mutter zu ehren) von engeren intergenerationalen Beziehungen als Konfessionslose (vgl. Schmidtchen 1984).

In der Übersicht werden die kulturell-kontextuellen Strukturen als umfassender Rahmen für familiäre, Bedürfnis- und Opportunitätsstrukturen dargestellt. Die Gesellschafts-, Wirtschaftssystem-, Kohorten-, Schicht-, Minoritäts- und Konfessionszugehörigkeiten sind potentielle Einflußfaktoren für Familienstrukturen wie Ehescheidung und Kinderzahl (Pfeil 8). Sie wirken sich auch auf das Bedürfnis nach Generationensolidarität aus, wenn beispielsweise der Bedarf nach finanzieller Unterstützung oder Pflege mehr oder weniger durch außerfamiliäre Institutionen gewährleistet wird (Pfeil 9). Genauso sind Arbeitszeiten und geographische Mobilität - also Opportunitätsstrukturen wie Zeitressourcen und Wohnentfernungen zwischen Familiengenerationen - von ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen abhängig (Pfeil 10). Auch hierfür ist der Ver-

gleich zwischen der 'alten' Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik besonders instruktiv<sup>23</sup>.

### Ambivalenzen innerhalb und zwischen den Faktorengruppen

Im vorherigen Abschnitt wurde auf *Ambivalenzen* bei familialen Generationenbeziehungen hingewiesen. Übersicht 2.3 bietet m.E. ein hilfreiches Modell zur Systematisierung dieser Spannungen. Sie finden sich sowohl innerhalb als auch zwischen den vier Faktorengruppen.

Mit *Opportunitätsstrukturen* manifestieren sich letztendlich unauflösbare Entscheidungskonflikte zwischen Nähe und Distanz. Man kann nicht mit den Eltern im selben Haushalt und gleichzeitig weit entfernt von ihnen leben. Ähnliches gilt für den Umgang mit eingeschränkten Zeitressourcen. Ambivalenzen treten insbesondere bei den *Bedürfnisstrukturen* auf. Es existiert ein unauflösbarer Grundwiderspruch zwischen dem Bedürfnis der Generationen nach Verbundenheit und Autonomie. Erwachsene Kinder finden sich dann zwischen dem Wunsch nach Zugehörigkeit und dem nach Abgrenzung hin- und hergerissen. Bei ökonomischem Bedarf besteht eine Diskrepanz zwischen willkommener Hilfe und unwillkommener Abhängigkeit. Dies gilt auch bei einem Bedarf nach instrumentellen Hilfeleistungen. Ökonomische Bedürfnisse werden dann gestillt - allerdings auf Kosten des emotionalen Bedürfnisses nach Unabhängigkeit. Auch *Familienstrukturen* sind in sich ambivalent. Auf die unterschiedlichen Erwartungen von erwachsenen Kindern und Eltern an die Generationenbeziehung wurde bereits hingewiesen. Ein weiteres Beispiel sind ambivalente Gefühle erwachsener Kinder gegenüber ihren Eltern, wenn sie selbst Nachwuchs in die Welt gesetzt haben. Wenn sich die Großeltern dann um ihre Enkel kümmern, kann dies als willkommene Unterstützung, aber auch als unwillkommene Einmischung angesehen werden. Schließlich ist auf Ambivalenzen innerhalb von *kulturell-kontextuellen Strukturen* hinzuweisen. Ein Beispiel sind widersprüchliche gesellschaftliche Normen zur familialen Generationensolidarität. Einerseits sollen erwachsene Kinder und Eltern unabhängig voneinander sein, wobei sich insbesondere erwachsene Kinder von ihren Eltern abzunabeln haben. Andererseits sollten sie jedoch füreinander einstehen und engen Kontakt pflegen. Zudem sollte man beruflich flexibel und geographisch mobil sein, aber gleichzeitig sei-

23 Kulturell-kontextuelle Strukturen gehen letztendlich auf Entscheidungen und Handlungen von Menschen zurück. Sie werden u.a. von Familien-, Bedürfnis- und Opportunitätsstrukturen einschließlich der gelebten Generationensolidarität tangiert und generiert. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sowie aufgrund der relativ geringen Einflußmöglichkeit einzelner Individuen und Familien auf gesellschaftliche Rahmenbedingungen wird in der Übersicht auf einen entsprechenden Pfeil verzichtet.

nen Eltern persönliche Hilfeleistungen zuteil werden lassen, die im Endeffekt darauf beruhen, daß man nicht weit entfernt von ihnen wohnen bleibt.

Widersprüche zwischen *Opportunitätsstrukturen* auf der einen Seite und Bedürfnis-, familialen und kulturell-kontextuellen Strukturen auf der anderen Seite ergeben sich vor allem aus der Diskrepanz zwischen Können und Wollen bzw. Sollen. Was soll man tun, wenn man das Bedürfnis nach häufigen persönlichen Kontakten zu seinen Eltern hat, aber aus beruflichen Gründen weit von ihnen entfernt lebt? Wie soll man sich entscheiden, wenn die kranke Mutter gepflegt werden muß (und familiale bzw. kulturell-kontextuelle Normen dies nahelegen), man sich selbst jedoch nicht dazu in der Lage sieht? Es zeigen sich auch vielfältige Ambivalenzen zwischen *Bedürfnisstrukturen* einerseits und Opportunitäts-, familialen und kulturell-kontextuellen Strukturen andererseits. Individuelle Bedürfnisse können Rollenerwartungen widersprechen, seien es solche, die allgemein gesellschaftlich vorgegeben sind, seien es solche, die sich im Familienzusammenhang herauskristallisiert haben. Ein gutes Beispiel ist hier die Pflege von alten Eltern. *Familiale Strukturen* können den anderen drei Faktorengruppen zuwiderlaufen. Dies gilt für die bereits angesprochenen Diskrepanzen zu Opportunitäts- und Bedürfnisstrukturen, aber auch in Hinblick auf *kulturell-kontextuelle Strukturen*. Wie Familien ihre Generationenbeziehungen definieren und ausgestalten möchten, muß überhaupt nicht mit gesellschaftlichen bzw. religiösen Erwartungen übereinstimmen. Ein gutes Beispiel für Diskrepanzen zwischen Familie und Gesellschaft, für Ambivalenzen zwischen familialen und kulturell-kontextuellen Strukturen liefern dabei die Generationenbeziehungen in der Deutschen Demokratischen Republik.

### 2.3 Familiäre Generationensolidarität in der DDR?

Wer sich heute mit Generationenbeziehungen in der DDR beschäftigt, betreibt historische Forschung. Die Deutsche Demokratische Republik existiert nicht mehr, und demgemäß gehören auch die besonderen Familienbeziehungen in der DDR in gewisser Weise der Geschichte an. Allerdings sind die heutigen ostdeutschen intergenerationalen Verhältnisse weiterhin von den Bedingungen in der Deutschen Demokratischen Republik geprägt. Die Beschäftigung mit Familien-generationen in der DDR ist somit *erstens* unabdingbare Voraussetzung für die Erforschung heutiger ostdeutscher Generationenverhältnisse einschließlich der bisherigen und fortdauernden Veränderungen aufgrund des Transformationsprozesses. *Zweitens* bietet die DDR ein Gegenbild zur 'alten' Bundesrepublik bzw. zum westlichen Teil Deutschlands. Damit können auch die Charakteristika der westdeutschen Familienverhältnisse besser identifiziert werden. *Drittens* soll durch die Beschäftigung mit der Familie in der DDR als Folie für die 'alte' und

'neue' Bundesrepublik der Einfluß von systemspezifischen kulturell-kontextuellen Strukturen auf die familiäre Generationensolidarität herausgestellt werden - einschließlich der Verbindungen mit den anderen Faktorengruppen. Die DDR fungiert damit als Beispiel für eine Planwirtschaft, die BRD als Repräsentant eines marktwirtschaftlichen Systems. Und *viertens* erfolgt die Veränderung der Rahmenbedingungen in Ostdeutschland in Richtung der westdeutschen Verhältnisse. Die Befassung mit der DDR mit dem damit einhergehenden Vergleich mit der 'alten' Bundesrepublik eröffnet somit die Möglichkeit, zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren. Dies kann natürlich nur auf Basis einer Rekonstruktion der Ausgangssituation, also der familialen Generationenbeziehungen in der DDR, erfolgen (vgl. Mayer 1995: 350).

Eine abschließende Beschreibung und Bewertung der intergenerationalen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der historischen Entwicklungen kann hier nicht geleistet werden. Das Ziel ist es aber, wesentliche Aspekte herauszuarbeiten, wobei versucht wird, ein differenziertes Bild mit Schwerpunkt auf der DDR der 80er Jahre zu zeichnen. Dabei wird in zwei Schritten vorgegangen: Zunächst wird auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie auf demographische Besonderheiten eingegangen, und zwar insbesondere auf Fertilität und Familienstand. Damit sollen grundlegende Rahmenbedingungen identifiziert werden, die Folgen für die Beziehungen zwischen den Familiengenerationen hatten und weiterhin haben. Dann wird, auch auf der Basis des ersten Schrittes, versucht, den Generationenbeziehungen in der Deutschen Demokratischen Republik anhand einer Gegenüberstellung von Argumenten für bzw. gegen eine besondere Generationensolidarität näherzukommen.

### 2.3.1 Frauenerwerbstätigkeit, Familienstand, Fertilität

Die Deutsche Demokratische Republik wies im Vergleich mit der 'alten' Bundesrepublik - und zum Teil auch im internationalen Vergleich - deutlich höhere Frauenerwerbs-, Heirats-, Scheidungs-, Alleinerziehenden- und Geburtsquoten auf. Gleichzeitig wurde in der DDR vergleichsweise früh geheiratet, es wurden relativ früh Kinder gezeugt, und nur wenige Frauen blieben kinderlos.

Die Planwirtschaft der DDR zeichnete sich durch eine der höchsten **Frauen-erwerbsquoten** der Welt aus, während in der 'alten' und 'neuen' Bundesrepublik - auch im Vergleich mit anderen Marktwirtschaften - wesentlich weniger Frauen erwerbstätig sind<sup>24</sup>. Im Jahre 1989 waren in der DDR beinahe neun von

24 Esping-Andersen (1990) führt die Bundesrepublik in seinen 'Three Worlds of Welfare Capitalism' nicht zuletzt aufgrund des Bestrebens, Frauen aus dem Arbeitsmarkt herauszuhalten, als Beispiel für ein konservatives Wohlfahrtsstaatsregime auf

zehn Frauen im Erwerbsalter berufstätig. In der 'alten' Bundesrepublik traf dies hingegen nur auf sechs von zehn Frauen zu. Zudem war die Arbeitszeit in der DDR deutlich länger als in der BRD (Kirner et al. 1990)<sup>25</sup>.

Neben dem verfassungsmäßigen Gleichberechtigungsanspruch ging die hohe Frauenerwerbsquote der DDR vor allem auf das Ziel der maximalen Nutzung des Arbeitskräftepotentials zurück (z.B. Trommsdorff, Chakkarath 1996: 21). Auch und gerade hier zeigte sich das Primat der Wirtschaftspolitik mit seinen vielfältigen Auswirkungen auf die Familie<sup>26</sup>. In Hinblick auf die Technologieentwicklung war die DDR im Vergleich mit Westdeutschland wesentlich weniger weit fortgeschritten, so daß der Produktionsfaktor Arbeit von entsprechend größerer Bedeutung war. Aufgrund von arbeitsorganisationalen Problemen (und z.T. auch Leistungszurückhaltungen) mußten zudem Arbeitskräfte über das im allgemeinen erforderliche Maß hinaus in den Betrieben und Kombinat 'gehört' werden (s. z.B. Mayer 1995: 353). Zeitweilig standen somit, wie zum Beispiel bei Maschinenausfällen und Materialengpässen, zu viele Arbeitskräfte zur Verfügung. Wenn jedoch die monatliche 'Industrielle Warenproduktion' (IWP) als quantitative Erfassung der Bruttoproduktion nicht erreicht werden konnte, gab es eher zu wenige als zu viele Arbeitskräfte, so daß Überstunden, Wochenendarbeit oder sogar höhere Leistungen innerhalb der regulären Arbeitszeit in sogenannten 'Planerfüllungspakten' (Voskamp, Wittke 1991) ausgehandelt wurden (Szydlik 1993: 45ff.). Auch der umfangreiche Verwaltungs- und Sicherheitsapparat führte zu einem entsprechend höheren Arbeitskräftebedarf (z.B. Wendt 1991: 269).

Frauen wurde es mittels einer Reihe von arbeitsrechtlichen und betrieblichen Regelungen erleichtert, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Da man möglichst viele Frauen in den Produktionsprozeß einbinden wollte, gleichzeitig aber auch das Ziel verfolgte, eine hohe Fertilität zu gewährleisten, mußten in ausreichendem Maße Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen. Damit Frauen vollzeit arbeiten konnten, mußte zudem für eine möglichst ganztägige Betreuung der Kinder gesorgt werden<sup>27</sup>. Die hohe Erwerbsquote von

(im Vergleich mit dem liberalen Regime der USA und Großbritanniens und einem sozialdemokratischen Regime wie z.B. in Schweden).

25 Für einen Vergleich der Erwerbsquoten von Frauen und Männern in der DDR nach der Kohortenzugehörigkeit und dem Alter siehe Huinink et al. 1995b: 109.

26 Das heißt natürlich nicht, daß die Besonderheiten von Familien in der DDR durchweg auf wirtschaftspolitische Zielvorstellungen zurückzuführen sind. Neben historisch gewachsenen Spezifika sind vor allem nichtintendierte Konsequenzen politischer Vorgaben von Bedeutung. Dabei setzten sich Wertorientierungen und Verhaltensweisen durch, die den offiziellen Plänen und Vorgaben klar zuwiderliefen.

27 Weitere familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung von Schwangerschaften und Geburten lagen in einem relativ langen Schwangerschafts- und Wochenurlaub;

Frauen ging somit mit einer entsprechenden außerhäusigen Betreuung der Kinder einher. In der späten DDR stand für 80 Prozent der Kleinkinder ein Kinderkrippenplatz zur Verfügung - im Gegensatz zu unter vier Prozent in der 'alten' Bundesrepublik (darunter fallen sogar noch die Tagespflegestellen). Damit ist in Westdeutschland nur jede dritte Mutter mit Kindern in dieser Altersgruppe erwerbstätig (Liegle 1990: 385ff.; Wald 1993: 93; vgl. Dannenbeck, Keiser 1992)<sup>28</sup>. Die hohe Frauenerwerbsquote in der DDR lag aber nicht nur an den offerierten Möglichkeiten zur Verbindung von Erwerbs- und Familienarbeit, sondern auch an der Notwendigkeit, einen entsprechenden Beitrag zum Haushaltseinkommen zu leisten.

Die Erwerbsquote hat zu einer vergleichsweise geringen geschlechtsspezifischen Ungleichheit in der DDR beigetragen (vgl. Wendt 1991). Allerdings war das Ziel einer Abschaffung der sozialen Disparitäten zwischen Frauen und Männern auch in der DDR längst nicht verwirklicht. Die allermeisten Frauen waren zwar erwerbstätig, aber die höheren Positionen in Wirtschaft und Politik blieben ihnen verschlossen (Sørensen, Trappe 1995a, b). Zwar lagen die Einkommenshöhen der Frauen mit durchschnittlich 85 Prozent der Männerverdienste deutlich über den 72 Prozent in Westdeutschland (Szydlík 1993). Dennoch existierte auch in der sozialistischen Planwirtschaft, die offiziell eine Überwindung der geschlechtsspezifischen Entgeltunterschiede propagierte<sup>29</sup>, eine deutliche Diskrepanz zwischen den Arbeitsentgelten von Frauen und Männern. Eine weitere

---

einer bezahlten Freistellung von der Arbeit ab dem zweiten Kind; dem Erhalt des Arbeitsplatzes auch beim ersten Kind, wenn kein Krippenplatz zur Verfügung stand; der Anrechnung von Kinderzeiten bei der Altersrente; der Verringerung der Wochenarbeitszeit für vollbeschäftigte Mütter mit mehr als einem Kind unter 16 Jahren von 43 3/4 auf 40 Stunden; der Berücksichtigung der Anzahl der Kinder beim Erholungsurlaub; dem Anspruch auf einen Hausarbeitstag pro Monat; der Möglichkeit der Freistellung von der Arbeit bei Erkrankung eines Kindes; staatlichen Geburtenbeihilfen; einem zinslosen Kredit, den man 'abkindern' konnte sowie in staatlichem Kindergeld (Hille 1985: 62ff.).

28 Hille (1985: 64f.) führt auf, daß in der DDR im Jahre 1983 von 1 000 Kindern der entsprechenden Altersgruppen 681 Kinder in Kinderkrippen, 911 Kinder in Kindergärten und 816 Kinder in Schulhorten betreut werden konnten.

29 "Das Leistungsprinzip ist und bleibt das grundlegende Prinzip der Verteilung der Arbeitsergebnisse im Sozialismus (...). In der ersten Phase des Kommunismus ist es objektiv nicht möglich, nach den Bedürfnissen zu verteilen. (...) [D]ie heute noch für alle kapitalistischen Länder charakteristische Diskriminierung der Arbeitsleistung bestimmter Gruppen der Beschäftigten, und insbesondere der Frauen, (...) gehört in den sozialistischen Ländern der Geschichte an und ist durch das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" beseitigt worden (...)" (Manz, Winkler 1988: 138f.). Aufgrund des Veröffentlichungsverbots von Einkommensstatistiken in der DDR bis Ende 1989 konnte diese unrichtige Behauptung aufrecht erhalten werden.

Benachteiligung von Frauen in der DDR lag in ihrem höheren Anteil an unterwertiger Beschäftigung. Qualifizierte Frauen waren auch in der DDR einem höheren Risiko als ihre männlichen Arbeitskollegen ausgesetzt, ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten nicht auf dem Arbeitsplatz anwenden zu können (Szydlík 1997c). Außerdem blieb auch die geschlechtsspezifische traditionelle Arbeits(ver)teilung innerhalb der Familie weiterhin bestehen. Männer verrichteten in der DDR im europäischen Vergleich zwar relativ häufig hauswirtschaftliche Tätigkeiten. Im Vergleich zu Frauen schnitten sie jedoch deutlich schlechter ab (s. Klenner 1990: 871 sowie Nickel 1990, 1993; Sørensen 1990; Maier 1993; Sørensen, Trappe 1995b).

Die hohe Frauenerwerbsquote in der DDR folgte neben dem Gleichberechtigungsanspruch ökonomischen Notwendigkeiten. Aus volkswirtschaftlicher und betrieblicher Sicht war dies der generelle Arbeitskräftemangel, aus der Perspektive privater Haushalte der Zweitverdienst. Die extensiven Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der DDR boten Frauen die Möglichkeit, sowohl voll-erwerbstätig zu sein als auch Kinder aufzuziehen und sich damit aus althergebrachten Abhängigkeiten zu lösen. Dies ging mit erheblichen Belastungen der Frauen einher. Im westlichen Teil Deutschlands - und in der heutigen Bundesrepublik insgesamt - werden die Handlungsspielräume von Frauen aufgrund institutioneller Rahmenbedingungen jedoch deutlich stärker eingeschränkt.

In der Deutschen Demokratischen Republik gab es vergleichsweise viele **Hochzeiten**, viele **Scheidungen**, viele **Kinder** und viele **Alleinerziehende**. Im Jahre 1980 betrug die Heiratsquote von Frauen 91 und die von Männern 88 Prozent. In der 'alten' Bundesrepublik lagen die entsprechenden Anteile bei 84 und 79 Prozent (Dorbritz 1993: 360). In der DDR wurde aber nicht nur viel, sondern vor allem sehr früh geheiratet. Dorbritz (1993: 359) weist darauf hin, daß die meisten DDR-Bürger zum ersten Mal vor ihrem 30sten Geburtstag heirateten, während in der 'alten' BRD ein beträchtlicher Bevölkerungsanteil die erste Ehe erst nach der Vollendung des dritten Lebensjahrzehnts einging. Huinink und Wagner (1995: 154) zeigen ebenfalls, daß Frauen in der DDR deutlich früher heirateten. Dies gilt für alle der von ihnen betrachteten Geburtsjahrgänge (1935-1955 bzw. 1960). Westdeutsche um 1955 geborene Frauen heirateten über ein Jahr später als ostdeutsche Frauen.

Gleichzeitig wurden in der DDR vergleichsweise viele Kinder geboren, und zwar ebenfalls zu einem relativ frühen Zeitpunkt. Wendt (1991: 255) führt die Entwicklung der zusammengefaßten Geburtenziffern in den beiden deutschen Staaten auf. Es wird gezeigt, daß die durchschnittliche Geburtenzahl in der 'alten' Bundesrepublik im Jahre 1950 bei 2,1 Kindern pro Frau lag, während die entsprechende Maßzahl in der DDR etwa 2,4 Kinder betrug. In den 50er Jahren herrschte in der Deutschen Demokratischen Republik also eine größere Fertilität

als in der 'alten' Bundesrepublik Deutschland<sup>30</sup>. Kurz nach dem Krieg weist die DDR zunächst noch geringere Geburtenziffern auf (Höhn, Schubnell 1986: 187). Ab Mitte der 50er Jahre glichen sich die beiden deutschen Staaten jedoch in puncto Fertilität an. Sowohl der Babyboom, der Mitte der 60er Jahre seinen Höhepunkt erreichte, als auch der darauffolgende Geburtenrückgang ereigneten sich etwa zur selben Zeit auf demselben Niveau. Mitte der 70er Jahre drifteten die ost- und westdeutschen Geburtenziffern jedoch deutlich auseinander. Während in der 'alten' Bundesrepublik der Fertilitätsrückgang weiter voranschritt, wurden in der DDR plötzlich deutlich mehr Kinder geboren. Diese zuweilen als 'Honeckerberg' bezeichnete DDR-spezifische Geburtenentwicklung ist nicht zuletzt auf die weitreichenden Maßnahmen zur Förderung von Geburten zurückzuführen, die seit Beginn der 70er Jahre installiert wurden (s.o., sowie Höhn, Schubnell 1986: 189ff). Allerdings waren die Effekte nicht langfristiger Natur. Seit Anfang der 80er Jahre nahm die Fertilität wieder ab, wobei im Jahre 1990 wieder die westdeutschen Geburtenziffern erreicht wurden.

In Hinblick auf Generationenbeziehungen ist hierbei festzuhalten, daß die höhere Fertilität in den letzten anderthalb Jahrzehnten der DDR im wesentlichen nicht auf einer höheren Kinderanzahl pro Familie, sondern auf einem deutlich geringeren Anteil an Kinderlosen beruhte<sup>31</sup>. In der BRD bleiben deutlich mehr Frauen kinderlos. Schätzungen für die nach 1950 geborenen westdeutschen Frauen liegen um die 20 Prozent (z.T. reichen sie bis zu 30 Prozent), wohingegen der entsprechende Anteil in der DDR bei noch nicht einmal einem Zehntel lag (Schwarz 1988: 491f.; Gysi 1989: 122ff.; Klein 1989: 11; Klenner 1990: 870; Wendt 1991: 258; Vaskovics et al. 1994: 46ff.; Huinink 1995: 239; Dorbritz, Schwarz 1996: 234). Hoffmann und Trappe (1990: 46) führen auf, daß nur 0,9 Prozent der 18 bis 40jährigen DDR-Bürger im Jahre 1987 keine Kinder wollten.

Dorbritz (1993: 359) dokumentiert die altersspezifischen Geburtenziffern in der DDR und der BRD im Jahre 1989. Ähnlich wie bei den Erstheiratsziffern zeigt sich auch hier, daß die Familiengründung in der DDR im allgemeinen

deutlich früher erfolgte als in Westdeutschland. DDR-Bürgerinnen bekamen insbesondere um das 23ste Lebensjahr herum Nachwuchs - also etwa fünf Jahre früher als Frauen in der 'alten' Bundesrepublik. Gleichzeitig weist das Alter der westdeutschen Mütter bei der Geburt ihrer Kinder eine deutlich größere Streuung auf. Huinink und Wagner (1995: 154) belegen ebenfalls anschaulich, daß Frauen in der DDR wesentlich früher Mutter wurden als Frauen in der 'alten' BRD. Die Differenz bei der Geburt des ersten Kindes betrug zuweilen sogar zweieinhalb Jahre. Westdeutsche um 1955 geborene Frauen bekamen mit knapp 25 Jahren ihr erstes Kind, ostdeutsche Frauen bereits mit etwas über 22 Jahren (s. auch die Grafiken zum Heirats- und Geburtsalter von Ost- und Westdeutschen in Vaskovics et al. 1994: 96, 105; vgl. Blossfeld, Jaenichen 1992).

Für den frühen Zeitpunkt der Familiengründung in der DDR - sei es nun die Erstheirat, sei es die Geburt von Kindern - können einige Gründe verantwortlich gemacht werden. Wer früh heiratete und früh Kinder bekam, dem wurde auch früher eine eigene Wohnung zugesprochen. Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden und das Ziel, aus der Wohnung der Eltern auszuziehen, hat damit den Heirats- und Familiengründungszeitpunkt beeinflusst. Zudem konnten Frauen aufgrund einer kinderbedingten Erwerbsunterbrechung u.U. einen ungeliebten Erstberuf wechseln, was für manche ein zusätzlicher Anreiz für eine frühe Familiengründung gewesen sein könnte (z.B. Wald 1993: 92f.). Man sollte aber auch nicht vernachlässigen, daß sich in der DDR ein 'traditionales' Familienbild eher erhalten hatte als in der 'alten' Bundesrepublik. Einer der Gründe hierfür liegt in der besonderen Generationsgeschichte (im Sinne von gesellschaftlichen Generationen) in der DDR, nämlich dem weitgehenden Fehlen einer 68er Generation.

Hinsichtlich des Alters bei der Familiengründung sind auch die Veränderungen über die Geburtskohorten interessant. Für westdeutsche Frauen ergibt sich sowohl beim Heirats- als auch beim Geburtsalter ein U-förmiger Verlauf, wohingegen für Ostdeutsche das Alter bei der Geburt des ersten Kindes relativ gleich geblieben, das Heiratsalter jedoch bei den jüngeren Frauen deutlich gestiegen ist (Huinink, Wagner 1995: 154). Für das zunehmende Alter der jüngeren westdeutschen Frauen bei Heirat und Geburt ist nicht zuletzt die Höherqualifikation dieser Frauen mit den damit einhergehenden längeren Ausbildungszeiten sowie deren zunehmende Erwerbstätigkeit verantwortlich. Auch in der DDR haben Frauen den Zeitpunkt ihrer Eheschließung immer weiter hinausgeschoben. Dieser Trend war etwa seit Mitte der 70er Jahre beobachtbar (s. Vaskovics et al. 1994: 95ff.). Das mittlere Heiratsalter der nach 1959 Geborenen lag sogar über dem mittleren Alter bei der Geburt des ersten Kindes (Huinink, Wagner 1995: 154). Dies spricht für einen Bedeutungsverlust der Ehe als Institution. Möglicherweise spielt hierbei eine Rolle, daß sich junge Paare an den Erfahrungen ihrer Eltern orientierten, die sich nach einer frühen Heirat häu-

30 Diese Differenz dürfte vor allem auf einen Selektionseffekt zurückgehen: Neben Eltern (im Vergleich zu Kinderlosen) zogen niedrigere Bildungsschichten sowie die Landbevölkerung mit entsprechend höheren Geburtenziffern seltener in den Westen.

31 "Das Ideal der Zwei-Kinder-Familie war eine sozial herausgebildete Norm, die nicht den offiziellen Zielen der Familienpolitik entsprach" (Mayer 1995: 362). Im Jahre 1987 wünschten sich in der DDR nur 7,3 Prozent der 18 bis 40jährigen Frauen und Männer drei und mehr Kinder (79,3 Prozent wünschten sich höchstens zwei Kinder, und 13,4 Prozent wünschten sich zwei bis drei Kinder). Die gewünschte durchschnittliche Kinderanzahl lag sowohl bei Frauen als auch bei Männern bei knapp unter zwei (Hoffmann, Trappe 1990: 46f.).

fig scheiden ließen und dann mit einem neuen Partner zusammenlebten, ohne mit diesem eine neue Ehe eingegangen zu sein<sup>32</sup>.

In der DDR wurde also nicht nur viel geheiratet, es wurden nicht nur frühe Ehen geschlossen und früh viele Kinder geboren, sondern es wurden auch viele Ehen wieder geschieden (z.B. Gysi 1989; vgl. Huinink, Wagner 1995: 179ff.). Im Jahre 1980 kamen in der DDR auf 10 000 Einwohner 26,8 Scheidungen; in der BRD waren es 15,6 (Wagner 1997: 124). Nach der Ehescheidungsstafel des Jahres 1981 endete etwa ein Drittel der Ehen in der Deutschen Demokratischen Republik mit der Scheidung (Dorbritz 1993: 361). Mitte der 80er Jahre lag die DDR in puncto Ehescheidungen im internationalen Vergleich sogar an fünfter Stelle (hinter den USA, der UdSSR, Kuba und Großbritannien; Meyer 1991). Damit waren viele Mütter in der DDR - auch wenn sie nach der Scheidung mit einem neuen Partner zusammenlebten - alleine sorgeberechtigt (Klenner 1990; Zettel, Hoppe 1990: 323ff.; Meyer 1991; Wald 1993: 92f.). Das 'traditionale' Familienbild in der DDR zeigte sich somit zwar bei der Fertilität und dem frühen Heirats- und Geburtszeitpunkt, jedoch nicht in Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Ehe<sup>33</sup>.

### 2.3.2 Generation und Familie

Um den Besonderheiten der familialen Generationenbeziehungen in der DDR näherzukommen, werden im folgenden Argumente zusammengestellt, die für oder gegen eine besondere familiäre Solidarität sprechen. Die bislang aufgeführten Charakteristika hatten und haben nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Beziehungen innerhalb der ostdeutschen Familien und zwischen den familialen Generationen. Darüber hinaus sind jedoch eine Vielzahl weiterer Faktoren von großer Bedeutung.

In Übersicht 2.4 werden die zu diskutierenden Argumente stichwortartig benannt. Die Diskussion orientiert sich an zehn Stichpunkten, die zwei Themenbereichen zugeordnet sind: 'Generation und Familie' sowie 'Generation und

Gesellschaft'. Dabei wird jeweils abwechselnd ein Stichpunkt diskutiert, der auf den ersten Blick für eine besonders große Generationensolidarität in der DDR spricht, woraufhin ein Argument folgt, das zunächst die entgegengesetzte Hypothese unterstützt. Der Themenbereich 'Generation und Familie' umfaßt: 1. Fertilität, 2. Scheidungen, 3. Familienleben und 4. Familienzeit. Unter 'Generation und Gesellschaft' wird diskutiert: 5. Gesellschaftliche Generationen, 6. Kirchenmitglieder, 7. Tauschnetzwerke, 8. Peer Groups und Arbeitskollektive, 9. Rückzug ins Private und 10. Mißtrauen.

Die Zuordnung dieser Stichpunkte zu Pro- und Kontra-Argumenten ist jedoch Ausgangspunkt und nicht abschließendes Ergebnis der Diskussion. D.h., hier erfolgt lediglich eine erste, oberflächliche Zuordnung, die im Laufe der Diskussion überprüft wird. Diese Vorgehensweise wird auch deshalb gewählt, um voreiligen Rückschlüssen in Hinblick auf Generationenbeziehungen in der DDR zu warnen. Was auf den ersten Blick als plausibles Argument erscheint, erweist sich beim näheren Hinsehen oft als fragwürdig. Zuweilen kehren sich die zunächst vorgelegten Behauptungen sogar in ihr Gegenteil um.

Übersicht 2.4: Argumente zur Generationensolidarität in der DDR

Pro	Kontra
<b>Generation und Familie</b>	
1. Fertilität	2. Scheidungen
3. Familienleben	4. Familienzeit
<b>Generation und Gesellschaft</b>	
5. Gesellschaftliche Generationen	6. Kirchenmitglieder
7. Tauschnetzwerke	8. Peer Groups und Arbeitskollektive
9. Rückzug ins Private	10. Mißtrauen

#### 1. Fertilität

Die Geburtenhäufigkeit in einem Land hat Auswirkungen auf die Gesamtbedeutung der Generationenbeziehungen. Die Anzahl der Kinder bestimmt die Anzahl der intergenerationalen Verhältnisse<sup>34</sup>. Je mehr Menschen in einer Gesellschaft Kinder auf die Welt bringen, um so mehr Gesellschaftsmitglieder sind in Gene-

<sup>34</sup> Natürlich ist jeder Mensch über seine Eltern in intergenerationale Beziehungen eingebunden. Allerdings haben ältere Kinderlose, deren Eltern bereits verstorben sind, keine lebenden Verwandten anderer Generationen mehr. Zudem erfahren Kinderlose die familialen Generationenbeziehungen lediglich in eine Richtung.

<sup>32</sup> Zettel und Hoppe (1990: 323) führen aus: "Seit den 70er Jahren hat sich in der DDR der Anteil der außerhalb einer Ehe geborenen Kinder an der Gesamtzahl der Geburten verdoppelt, von 16,1 % im Jahre 1975 auf 33,7 % im Jahre 1985. Für Berlin liegen diese Zahlen mit heute 41,3 % sogar noch höher".

<sup>33</sup> Die hohen Scheidungsziffern und der Rückgang der frühen Eheschließungen über die Kohorten führten jedoch nicht dazu, daß viele DDR-Bürger alleine gelebt hätten. Vielmehr erhöhte sich über die Geburtskohorten der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften bei der Gründung des ersten Haushalts deutlich. In der DDR lebten viel weniger Personen alleine als in der 'alten' Bundesrepublik (Huinink, Wagner 1995: 160ff.).

rationenbeziehungen eingebunden, für um so mehr Personen spielen minderjährige und erwachsene Kinder eine wichtige Rolle, und um so wichtiger sind Generationenbeziehungen insgesamt.

Man kann somit allein aufgrund der hohen Fertilität und der daraus folgenden großen Anzahl an familialen Generationenverhältnissen auf eine vergleichsweise große Bedeutung der Generationenbeziehungen in der Deutschen Demokratischen Republik schließen. Allerdings ist damit noch lange nicht geklärt, wie diese Beziehungen jeweils gelebt und erlebt wurden, und vor allem: inwiefern sie sich durch eine besondere Generationensolidarität auszeichneten.

In diesem Zusammenhang ist der Befund aufzunehmen, daß die höhere Fertilität in der DDR nicht auf mehr Kinder pro Frau bzw. Familie beruhte, sondern auf einer geringeren Anzahl an Kinderlosen. Ost-West-Differenzen aufgrund unterschiedlicher Kinder- bzw. Geschwisterzahlen in den Familien halten sich demnach in Grenzen. Wenn eine größere Fertilität generell auf mehr Kinder pro Frau, jedoch nicht auf mehr Frauen mit Kindern zurückginge, könnte man z.B. die Hypothese aufstellen, daß private monetäre Transfers von Eltern an das einzelne (erwachsene) Kind in solchen Gesellschaften geringer ausfallen, in denen die Eltern ihre finanziellen Ressourcen auf besonders viele Kinder aufteilen müssen. Ein ähnliches Argument hätte in Hinblick auf die zur Verfügung stehende Zeit für die einzelnen Kinder vorgebracht werden können. Dies trifft jedoch auf die DDR nicht zu.

## 2. Scheidungen

Eine Reihe von Studien belegen, daß die Beziehung des (erwachsenen) Kindes zum abwesenden Elternteil, also zumeist zum Vater, nach einer Scheidung nachhaltig beeinträchtigt ist (ausführlich: Abschnitt 5.5). Aufgrund der hohen Scheidungsquote in der DDR dürften sich damit, so die These, verhältnismäßig viele ostdeutsche Kind-Vater-Dyaden auch im Erwachsenenalter als flüchtiger erweisen - mit entsprechenden Folgen für weitere Aspekte familialer Solidarität, wie z.B. Kontakthäufigkeit, monetäre Transfers und instrumentelle Hilfeleistungen.

Man darf jedoch die langfristigen Folgen von Eheauflösungen auf die Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern nicht lediglich auf den Tatbestand der Scheidung an sich sowie auf die Abwesenheit eines Elternteils danach zurückführen. Damit vernachlässigt man die Zeit vor der Scheidung, also auch die ehelichen Auseinandersetzungen, die zur Scheidung geführt und die sich häufig auf die damaligen Eltern-Kind-Beziehungen ausgewirkt haben. Es stellt sich somit die Frage, ob die vielen Scheidungen in der DDR ein Indiz für besonders problematische Ehebeziehungen mit entsprechen-

den negativen Auswirkungen auf die minderjährigen und erwachsenen Kinder sind.

Es spricht einiges dafür, daß die Ehebeziehungen in der Deutschen Demokratischen Republik *nicht* problematischer gewesen sind als die in der 'alten' Bundesrepublik Deutschland. Für die vielen Scheidungen in der DDR waren vielmehr andere Gründe verantwortlich.

Eine Ursache lag darin, daß in der DDR häufig und früh geheiratet wurde. Fehler bei der Partnerwahl resultierten damit gleich in einer Ehescheidung<sup>35</sup>. Eine zweite wichtige Ursache war der hohe Anspruch an die Ehe und Familie (s. z.B. Gysi 1990: 34, Meyer 1991). Die hohen Anforderungen an das Familienleben im allgemeinen und die Partnerschaft im besonderen - vor allem bei der Erstehe - führten leichter zu Unzufriedenheit und Enttäuschung.

Allerdings hätte eine größere Unzufriedenheit mit dem Beziehungspartner seltener zu einer (schnellen) Scheidung geführt, wenn es in der DDR nicht institutionelle Regelungen gegeben hätte, die eine Ehescheidung stark erleichterten. In diesem Zusammenhang ist vor allem das liberale Scheidungsrecht zu nennen. Aber auch die im Vergleich zur 'alten' BRD bessere materielle Absicherung alleinerziehender Mütter in der DDR aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit sowie aufgrund familienpolitischer Maßnahmen hat wohl einen Beitrag zu den hohen Scheidungsquoten in der DDR geleistet.

Ein besonders wichtiger Faktor, wenn nicht der wichtigste überhaupt, war der hohe Anteil an Konfessionslosen in der DDR. Wagner (1997: 303f.) belegt eindrucksvoll, daß DDR-Bürger sogar ein geringeres Ehescheidungsrisiko aufwiesen als Westdeutsche, wenn man die Konfessionslosigkeit berücksichtigt. In der DDR gehörten 65 Prozent der Bevölkerung keiner Religionsgemeinschaft an - im Vergleich zu neun Prozent in Westdeutschland. Kirchenmitglieder lassen sich seltener scheiden, wobei Huinink und Wagner (1995: 185) für die Konfessionslosen in der DDR im Vergleich zu den Protestanten ein 85 Prozent höheres Scheidungsrisiko feststellen.

Schließlich weist die Transmissionsthese, also die These, daß Kinder geschiedener Eltern selbst eine höhere Scheidungswahrscheinlichkeit aufweisen, auf einen sich selbst verstärkenden Effekt hin: Wenn mehr Eltern geschieden werden, lassen sich auch wiederum mehr Kinder scheiden, und damit erhöht sich natürlich die Gesamtquote<sup>36</sup>.

35 Wagner (1993) findet für die 'alte' Bundesrepublik heraus, daß eine frühe Eheschließung häufiger zu einer Scheidung führt, wobei Huinink und Wagner (1995) diesen Befund mit Einschränkungen auch für die DDR replizieren können.

36 Huinink und Wagner (1995: 181f.) finden auch empirische Belege für die Bedeutung der Transmissionsthese für Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. Diekmann, Engelhardt 1995).

Die hohe Scheidungsquote ist somit kein Indiz für problematischere Ehen. Huinink und Wagner (1995: 180) urteilen demgemäß: "Niedrige Scheidungsziffern deuten mit größerer Wahrscheinlichkeit auf einen in Ehesachen repressiven Staat hin als auf massenhaft glückliche Ehen". Die These, daß die vielen Scheidungen in der DDR zu vielen flüchtigen Kind-Vater-Beziehungen geführt haben, wird damit zwar nicht aufgehoben, jedoch relativiert.

### 3. Familienleben

Die große Bedeutung von Kindern in der DDR zeigte sich nicht nur daran, daß viele Kinder geboren wurden, sondern auch am täglichen Familienleben. Minderjährige Kinder und Jugendliche spielten in DDR-Familien eine große Rolle. Wald (1995: 216f.) führt aus, daß Kinder bei den Interaktionen innerhalb der Familie als "Juniorpartner im Familienkollektiv" ernst genommen wurden. Das große Interesse an der Beschäftigung mit den Kindern sowie "die ebenfalls deutlich positivere Einstufung als im Westen, Kinder zu haben und aufzuziehen" (s. Keiser 1992) spricht ebenfalls für die Qualität der familialen Generationenbeziehungen in der DDR<sup>37</sup>. Wenn man diese Einschätzung mit dem Ergebnis US-amerikanischer Studien zusammenbringt, daß sich erwachsene Kinder an Frustrationen und Spannungen während ihrer Kindheit sowie an Ablehnungen seitens ihrer Eltern erinnern (Clausen 1993: 117; s. Abschnitt 5.5), so kann man für die empirischen Analysen die These aufstellen, daß ostdeutsche erwachsene Kinder die Beziehung zu ihren Eltern als vergleichsweise eng wahrnehmen. Damit müßten die Differenzen zwischen Eltern und Kindern im Sinne der 'Intergenerational Stake' Hypothese (Abschnitte 5.1 und 5.2) bei Ostdeutschen geringer ausfallen.

In diesem Zusammenhang kann auch eine Rolle spielen, daß sich ostdeutsche Väter deutlich mehr als westdeutsche Väter an der Familienarbeit und Kinderbetreuung beteiligten (auch wenn sie sich immer noch weniger einsetzten als ostdeutsche Mütter; vgl. z.B. Klenner 1990, Keiser 1992, Wald 1995). Vier Fünftel der ostdeutschen Männer betrachten eine eigene Familie und Kinder als sehr wichtig - dies trifft lediglich auf drei Fünftel der westdeutschen Männer zu (Braun, Bandilla 1992: 597). Damit ist auch die Diskrepanz zwischen Frauen

und Männern bei der Bewertung der Familie in Ostdeutschland wesentlich geringer als in Westdeutschland (ostdeutsche Frauen: 86 Prozent; westdeutsche Frauen: 74 Prozent; vgl. auch Gysi 1990: 33f., Dorbritz 1993: 362). Auf der Basis dieser Befunde kann man die These aufstellen, daß ostdeutsche Kinder auch später im Erwachsenenalter zu ihren Vätern eine engere Bindung aufweisen als westdeutsche erwachsene Kinder.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der unter das Stichwort 'Familienleben' fällt, ist die Wohnentfernung zwischen Eltern und erwachsenen Kindern. Immerhin hat die geographische Distanz, wie noch zu zeigen ist, eine herausragende Bedeutung für die familiäre Generationensolidarität. Man könnte vermuten, daß die räumliche Entfernung zwischen Familiengenerationen innerhalb der DDR besonders gering ausfiel. Im Vergleich mit Westdeutschland stellen allein schon die geringere geographische Größe der DDR sowie die weitgehende Verhinderung von transnationaler Migration Indikatoren für eine größere geographische Nähe der Eltern-Kind-Haushalte dar. Dazu kommt, daß die räumliche Mobilität in der Deutschen Demokratischen Republik aufgrund des knappen Wohnraums sowie des Bestrebens, Arbeitskräfte möglichst lange im selben Betrieb zu halten, prinzipiell eingeschränkt war. Vakante Stellen wurden zwar im Bereich der Kombinate und Betriebe angezeigt. Zudem konnten die Arbeitskräfte direkt bei den Kombinat und Betrieben vorsprechen oder die auf Kreisebene bestehenden Arbeitsämter nutzen. Annoncen für offene Stellen durften jedoch nur von Betrieben mit überregionaler Bedeutung in genehmigungspflichtigen Ausnahmefällen geschaltet werden (Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1985: 64). Umgekehrt war es in der DDR kaum möglich, Beschäftigte zu entlassen (Szydlik 1993: 53f.). Eine geographische Mobilität aufgrund von regionaler Arbeitslosigkeit war ohnehin so gut wie ausgeschlossen. Allerdings können Huinink et al. (1995b: 112ff.) für die DDR durchaus viele zwischenbetriebliche Wechsel belegen.

Grafik 2.1 führt die Anteile der Eltern- und Kinderhaushalte auf, die sich im Jahre 1991 a) im gleichen Haus, b) in der Nachbarschaft, c) im gleichen Ort, aber weiter als 15 Minuten Fußweg, d) in einem anderen Ort, aber innerhalb einer Stunde erreichbar und e) weiter entfernt befinden. Es werden nur solche Eltern und erwachsene Kinder einbezogen, die nicht mehr im selben Haushalt leben. Dabei wird sowohl die Wohnentfernung zu den Kindern aus der Sicht der Eltern als auch die geographische Distanz zu den Eltern aus der Kinderperspektive angegeben. Zudem wird zwischen Westdeutschen, Ostdeutschen und Ausländern unterschieden.

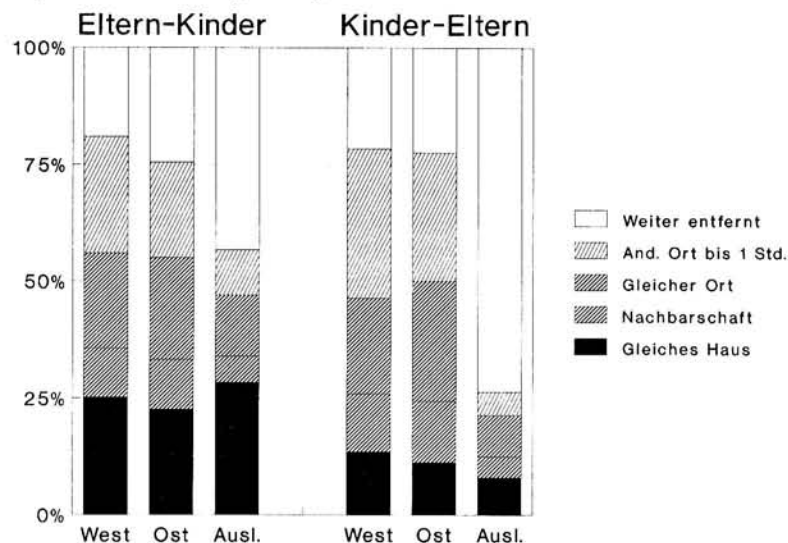
Die Grafik belegt zunächst eindrucksvoll, daß sowohl ost- als auch westdeutsche Familiengenerationen in ihrer übergroßen Mehrheit nicht weit voneinander entfernt leben. Lediglich ein Fünftel benötigt mehr als eine Stunde, um sich sehen zu können - dabei sind die im selben Haushalt lebenden Eltern und Kinder

37 Israel (1993: 84) berichtet von den unterschiedlichen Familiendarstellungen in den im Sommer 1990 gemalten Bildern von 160 Ost- und Westberliner Kindern: Die Westberliner Kinder hätten zumeist den Vater "am größten oder auf einer Erhöhung gemalt, dann folgte die Mutter. Am kleinsten waren die Kinder, manchmal sogar gekippt oder versteckt dargestellt". Dagegen malten die Ostberliner Kinder ihre Mutter am größten, "der Vater oder Lebensgefährte war höchstens gleichgroß. Sie selbst hatten sich auf originelle Weise auf gleiche Höhe gebracht, indem sie sich auf einem Stuhl, Tier oder Arm befanden".



noch nicht einmal mit einbezogen (s. Abschnitt 3.3)<sup>38</sup>. Gleichzeitig wird deutlich, daß die Familiengenerationen in der DDR eben *nicht* näher beieinander wohnten als die in der 'alten' Bundesrepublik - eher im Gegenteil (s. Tabelle 6.1). Die geographische Distanz zwischen Eltern und erwachsenen Kindern ist somit kein Indikator für eine besondere Generationensolidarität in der Deutschen Demokratischen Republik.

Grafik 2.1: Wohnentfernungen kurz nach dem Fall der Mauer



Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel 1991. Hochgerechnete (gewichtete) Ergebnisse, eigene Berechnungen. Basis: Erwachsene Personen mit Eltern bzw. erwachsenen Kindern außerhalb des Haushalts.

38 Für die divergierenden Entfernungsangaben aus Sicht der Eltern und Kinder können Alters- und Kohorteneffekte verantwortlich sein. Zudem basieren die Angaben der Eltern aufgrund der Fragebogenkonzeption des Sozio-ökonomischen Panels lediglich auf der geographischen Distanz zur nächstwohnenden Tochter bzw. zum nächstwohnenden Sohn. Weiter entfernt lebende weitere Töchter oder Söhne sind hier nicht einbezogen. Diese kommen aber zu Wort, wenn sie nach der räumlichen Entfernung zu ihren Eltern gefragt werden (vgl. Bertram 1995: 180). Die in der Grafik dokumentierten Befunde werden allerdings weitgehend repliziert, wenn man lediglich solche Eltern berücksichtigt, die nur *eine* Tochter bzw. nur *einen* Sohn außerhalb des Haushalts haben.

#### 4. Familienzeit

In der DDR verbrachten viel mehr minderjährige Kinder viel mehr Zeit in Betreuungseinrichtungen, als dies in der 'alten' und 'neuen' Bundesrepublik Deutschland der Fall ist. Gleichzeitig war für DDR-Bürger eine typische Arbeitswoche deutlich länger. Die DDR und die BRD divergieren dabei vor allem in Hinblick auf die zur Verfügung stehende Familienzeit von Frauen. In der Deutschen Demokratischen Republik waren a) erheblich mehr Frauen erwerbstätig, b) waren von diesen deutlich mehr voll-erwerbstätig, und c) war für voll-erwerbstätige Frauen in der DDR die Arbeitswoche länger als für Westdeutsche. Obwohl während dieser Arbeitszeit Frei-Zeiten und Freiräume existierten (z.B. für private Besorgungen) und die öffentlichen Kinderbetreuungs- und -erziehungseinrichtungen zumindest dem Anspruch nach in der Nähe der Wohnung lagen (Wald 1995: 212), stand minderjährigen Kindern und ihren Müttern weniger gemeinsame Zeit zur Verfügung (vgl. Hille 1985: 53, Keiser 1992, Schneider 1994: 152f.). Um auf eine möglichst hohe Frauenerwerbstätigkeit hinzuwirken, wurden die Vorteile der außerfamilialen Kindererziehung auch in der frühen Kindheit hervorgehoben, wobei übrigens eine Einzelbetreuung kleiner Kinder, z.B. durch Tagesmütter, abgelehnt wurde (Hille 1985: 53).

Welche Folgen hatte und hat dies für die familialen Generationenbeziehungen? Der zunächst naheliegende Gedanke ist, daß ein positiver Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der gemeinsam verbrachten Zeit und der Qualität familialer Generationenverhältnisse existieren müßte - mit entsprechenden Auswirkungen auf die Filiationsbeziehungen im Erwachsenenalter. Gysi (1990: 36) stellt jedenfalls fest: "Für viele Familien ist der Zeitmangel zu einem immer drückenderen Problem geworden". Wendt (1991: 267) urteilt sogar: "Die über Jahre reichende tageszeitliche Trennung der Kinder von ihren Eltern führte vielmehr oft zu Entfremdungen und Beeinträchtigungen der Familienbeziehungen, aber auch zu psychischen Störungen". Es gibt jedoch gute Argumente, die einer solchen zunächst plausiblen Kausalbeziehung widersprechen bzw. diese in ihrer Erklärungskraft einschränken:

*Zum einen* dürfte für die Generationenbeziehungen eher die Qualität als die Quantität der gemeinsam verbrachten Zeit von Bedeutung sein. Erwerbstätige Frauen können in der ihnen verbleibenden Familienzeit eine positivere Atmosphäre schaffen, wenn sie sich mit ihrem eigenen Leben zufriedener fühlen<sup>39</sup>. Sie sind auch weniger der Gefahr ausgesetzt, ihre Kinder (bewußt oder unbe-

39 Auswertungen auf der Basis des ALLBUS 1992 kommen zu dem Ergebnis, daß in Westdeutschland lediglich 35 Prozent der Befragten meinen, daß es für ein Kind gut sei, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert. Von den ostdeutschen Untersuchungsteilnehmern stimmen hingegen 62 Prozent dieser Aussage zu (Zentralarchiv 1996: 56).

wußt) mit dafür verantwortlich zu machen, daß sie auf wichtige Aspekte der eigenen Selbstverwirklichung (z.B. auch finanzielle Unabhängigkeit vom Partner) verzichten müssen. Gleichzeitig verringert die Erwerbstätigkeit der Mutter die finanziellen Belastungen im Haushalt, was sich ebenfalls positiv auf die Generationenbeziehungen auswirken kann. Möglicherweise schätzen die Kinder die Familienarbeit ihrer Mutter um so mehr, wenn diese auch noch (voll) erwerbstätig ist. Ihre Zuwendung wird dann ebensowenig als Selbstverständlichkeit angesehen wie die des erwerbstätigen Vaters (vgl. Clason 1989 sowie Abschnitt 5.5). Zudem wird aufgrund einer Erwerbstätigkeit der Frau auch der Vater mehr ins Familienleben mit den Kindern eingebunden (z.B. weil nun auch die Mutter weniger Zeit und mehr Geld zur Verfügung hat), was ebenfalls positive Auswirkungen auf die Familie insgesamt und die Generationenbeziehungen im besonderen haben kann.

Zum zweiten konnten Frauen in der DDR zwar weniger Zeit mit ihren kleinen Kindern verbringen. Da sie ihre Kinder vergleichsweise früh bekamen, können sie jedoch mit einer längeren gemeinsamen Lebenszeit rechnen. Der kürzeren Zeit mit den Kleinkindern steht somit eine längere Zeit mit den erwachsenen Kindern gegenüber<sup>40</sup>. Aus demselben Grund zeichnen sich ostdeutsche familiäre Generationenbeziehungen durch einen geringen Altersabstand zwischen Eltern und Kindern aus, was zu einem größeren gegenseitigen Verständnis und damit auch zu einer engeren Bindung führen kann. Ein Grund hierfür liegt in den größeren gemeinsamen Aktivitätsmöglichkeiten von jungen Eltern und ihren Kindern. Ein anderer ergibt sich aus dem Zusammenhang zwischen familialen und gesellschaftlichen Generationen. Ein geringerer Altersabstand zwischen Eltern und Kindern kann mit größeren gemeinsamen Erfahrungen mit politischen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen einhergehen - bis hin zur Zugehörigkeit zur selben historischen Zeit (z.B. der 'Honecker-Ära').

Und zum dritten trugen die öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen selbst dazu bei, daß die Kinder und Jugendlichen die Zeit zu Hause als relativ positiv einschätzten. Untersuchungen in den 70er und 80er Jahren weisen darauf hin, daß sich die Kinder zu Hause wohler fühlten: "In den Horten werde zu viel gegängelt und angeordnet, bekämen sie zu selten Gelegenheiten zu selbständigem Spiel" (Wald 1995: 214; Helwig 1984: 25ff.; zu den Auswirkungen der Krippenbetreuung in der DDR durch außerfamiliale Institutionen siehe auch Hille 1985: 63f.). Zwar sollte mit der ganztägigen außerhäusigen Erziehung der Kinder auch auf deren pädagogisch-ideologische Beeinflussung abgezielt wer-

40 Die Differenz bei der Kindergeburt wurde dabei nicht durch die kürzere Lebensdauer in der DDR ausgeglichen (Dorbritz 1993: 359 sowie Statistisches Bundesamt 1992: 81). Zudem hätten selbst bei einem Ausgleich nach Jahren Mütter in der DDR weiterhin eine relativ längere gemeinsame Lebenszeit mit ihren Nachkommen aufgewiesen.

den. Liegle (1990: 385) urteilt denn auch, daß das Erziehungsmodell der DDR "nicht mehr nur familienergänzenden Charakter hat, sondern sich faktisch einer familienersetzenden öffentlichen/staatlichen Erziehung annähert". Die tatsächliche Durchführung und der Erfolg dieses Erziehungsmodells ist jedoch zu bezweifeln. Viele der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen waren eher durch einen 'Verwahrcharakter' mit geringen Erziehungsmöglichkeiten gekennzeichnet (u.a. wegen der wenigen, z.T. gering qualifizierten Betreuerinnen, was nicht zuletzt auf die Arbeitskräfteknappheit in der Güterproduktion zurückzuführen war). Jedenfalls dürften die Betreuungseinrichtungen der DDR mit ihrem offiziellen Anspruch der 'Erziehung der Kinder zum sozialistischen Menschen' die Familienbeziehungen weniger geschwächt denn im Gegenteil sogar gestärkt haben.

Ein weiteres Argument für einen größeren Problemdruck in Familien in der DDR, das im Zusammenhang mit der zur Verfügung stehenden gemeinsamen Familienzeit mitunter vorgebracht wird, ist eine 'permanente Belastung der Familienbeziehungen mit Versorgungsaufgaben': "Besorgniserregend war vor allem, daß DDR-Familien immer mehr den Charakter von Versorgungs- und Erledigungsgemeinschaften annahmen und die emotionale Hinwendung der Familienmitglieder zueinander nicht selten zu kurz kam" (Gysi 1990: 36). Wenn nur noch wenig gemeinsame Zeit für Kinder und Eltern zur Verfügung stand und ein Großteil dieser knappen Zeit für Versorgungsleistungen aufgewendet werden mußte, so das Argument, konnte dies zu einer Verregelung und einer relativ straffen Organisation des Alltags (Schneider 1994: 153) bzw. zu weniger häufigen intensiven Gesprächen und anderen gemeinsamen Aktivitäten führen. Man kann demgegenüber aber einwenden, daß die Familie in der DDR aufgrund der guten Grundversorgung sowie aufgrund sozialer Netzwerke eben nicht zu einer "Versorgungs- und Erledigungsgemeinschaft" verkommen war, "so daß diese garantierte Existenzsicherung und Risikominimierung die pure Notwendigkeit privater Versorgungsstrategien entschieden gemildert und so durchaus Freiheitsspielräume geboten hat für die private Ausgestaltung der persönlichen Beziehungen" (Diewald 1995: 258).

### 2.3.3 Generation und Gesellschaft

#### 5. Gesellschaftliche Generationen

Für familiäre Generationenbeziehungen spielt, wie in Abschnitt 2.1 ausgeführt, nicht zuletzt die Zugehörigkeit der einzelnen Familienmitglieder zu gesellschaftlichen Generationen eine Rolle. Die Zugehörigkeit zu *ökonomischen* Generationen in der Deutschen Demokratischen Republik mit ihren Folgen für familiäre

Generationenbeziehungen wird im folgenden anhand der intergenerationalen Mobilität diskutiert. Hinsichtlich der *politischen* Generationen geht es um das Fehlen einer mit der westdeutschen 68er Generation vergleichbaren Protestgeneration in der DDR. Die Frage nach *kulturellen* Generationen wird über die Jugendgeneration der 80er Jahre diskutiert.

**Ökonomische Generationen** bilden sich u.a. über kohortenspezifische Vor- oder Nachteile bei sozialen Aufstiegschancen heraus. Die 'alte' Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik haben sich *insgesamt* bei der intergenerationalen Mobilität nicht unterschieden. Mayer und Solga (1994: 201) stellen fest, daß zwischen der DDR und der BRD für alle Kohorten zusammengenommen keine signifikanten Differenzen bei der intergenerationalen Mobilität existierten. Allerdings ist in der Deutschen Demokratischen Republik das Ausmaß der intergenerationalen Mobilität mit der Zeit deutlich zurückgegangen, während in der 'alten' Bundesrepublik der genau gegenläufige Trend zu beobachten war. Wenn man zwischen den Kohorten differenziert, ergibt sich beispielsweise, daß in der DDR die um 1960 geborenen Söhne von Vätern der oberen Dienstklasse eine elfmal bzw. fünfzehnmal größere Chance als die Kinder von Facharbeitern bzw. von un- und angelernten Arbeitern und Genossenschaftsbauern hatten, im Alter von 30 Jahren selbst der oberen Dienstklasse anzugehören. Damit haben sich umgekehrt die Mobilitätschancen für die Facharbeiterkinder, also für die größte Arbeitskräftegruppe, über die Kohorten deutlich verschlechtert. Im Unterschied zu den älteren Kohorten konnten die jüngsten Arbeitskräfte in der DDR gegenüber ihren Eltern den geringsten sozialen Aufstieg verzeichnen.

Neben den rigiden Ausbildungsregelungen der DDR war hierfür die Besetzung von Führungspositionen durch die Aufbaugeneration verantwortlich, aber auch die "zunehmend geringere Attraktivität von Leitungspositionen" (Mayer, Solga 1994: 206). Die geringen Aufstiegschancen waren aber nicht der einzige Grund für die Weigerung vieler junger DDR-Bürger, sich auf das 'System' einzulassen. Darauf weist der häufig fehlende Aufstiegszwillen von jungen Arbeitskräften in den Betrieben und Kombinat auf Grund der unvorteilhaften Position von 'Führungskräften' hin. So verfügten beispielsweise die Meister aufgrund der strukturellen Vorteile der Arbeiter über eine relativ ungünstige Verhandlungsposition. Ein beruflicher 'Aufstieg' war nicht unbedingt mit einem Zuwachs an Einfluß, Prestige und Einkommen verbunden. Manche 'Aufstiege' waren denn eher durch ein Ziehen von oben als ein Drängen von unten zustande gekommen (Szydlik 1993; vgl. auch Marz 1991, Rottenburg 1991).

Zwar haben die blockierten Mobilitätschancen zu einer Abwendung der Jüngeren von der älteren Aufbaugenerationen und vom 'System' generell beigetragen, was schließlich im Massenexit vor allem von jüngeren DDR-Bürgern kulminierte (vgl. Kühnel 1990a, b; Müller 1990; Schwind 1991; Geulen 1993;

Geulen et al. 1993; Hofmann, Rink 1993; Kohli 1994a: 54f.). Es läßt sich jedoch die Hypothese aufstellen, daß die geringere soziale Mobilität der jüngeren Kohorten in der DDR mit einer engeren Bindung zwischen den Familiengenerationen einherging<sup>41</sup>. Der 'Status-Ähnlichkeits-Ansatz' (Suitor 1987, 1988; Moen 1993: 253ff.) unterstellt, daß intergenerationale Mobilität die Familiengenerationen voneinander trennt. Wenn die Kinder über die soziale Schicht der Eltern hinaus aufsteigen, verfügen erwachsene Kinder und Eltern über weniger Gemeinsamkeiten. Die Verflüchtigung familialer Generationenbeziehungen muß noch nicht einmal auf einer größeren geographischen Distanz aufgrund regionaler Mobilität bildungshöherer erwachsener Kinder beruhen. Es reicht aus, wenn Kinder und Eltern unterschiedliche Orientierungen entwickeln, sei es im Freizeitverhalten (auch: anderer Freundeskreis), sei es bei den politischen Einstellungen. Beck (1986: 128f.) spricht im Zusammenhang mit der westdeutschen Bildungsexpansion und einer damit einhergehenden 'Relativierung oder Verdrängung von traditionellen Orientierungen, Denkweisen und Lebensstilen' von einem "Riß zwischen den Generationen", von einem "Stück Abschied von den klassenkulturellen Bindungen und Vorgaben des Herkunftsmilieus"<sup>42</sup>.

Im Unterschied zur 'alten' Bundesrepublik hat es in der DDR eine mit der 68er Generation vergleichbare **politische Generation** mit den von ihr initiierten Auseinandersetzungen (und Modernisierungsgewinnen; s. Kohli 1994a: 54) nicht gegeben. Dies ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen, wie der vehementeren Unterdrückung oppositioneller Bewegungen in der DDR und dem Bewußtsein einer weitergehenden Entnazifizierung als in der 'alten' BRD (s. z.B. Niethammer 1990b). So setzte sich die politische Führung der DDR zum Teil aus Widerstandskämpfern und ehemaligen KZ-Häftlingen zusammen. Zum einen war in der DDR eines der wichtigsten Motive der 68er Bewegung, näm-

41 Die Folgen des größeren Einflusses der Eltern auf den Status ihrer Kinder in westlichen Gesellschaften lassen sich nur schwer abschätzen. Möglicherweise entwickeln besonders westdeutsche erfolgreiche erwachsene Kinder gegenüber ihren Eltern ein Dankbarkeitsgefühl, das sie zur intergenerationalen Solidarität anregt. Dagegen könnten weniger erfolgreiche erwachsene Kinder ihren Eltern im nachhinein vorwerfen, sie nicht genügend gefördert zu haben. Dies gilt weniger für die DDR, da Eltern dort in geringerem Maße auf die Sozialposition ihrer Kinder einwirken konnten. Zudem war in der DDR die Vererbung von materiellem Kapital stark erschwert (Kohli 1994a). Ökonomische Generationen im Sinne von Erbengenerationen beeinflussen die Familiengenerationen der BRD somit wesentlich stärker als die der DDR.

42 Allerdings stellt Francois de Singly (1993: 180) auf der Basis einer Befragung von 284 Müttern und 202 Vätern in der Bretagne fest: "Wenn ein Vater oder eine Mutter angibt, gegenüber einem der Kinder eine größere Nähe zu verspüren als gegenüber seinem Bruder oder seiner Schwester, so handelt es sich in der Mehrheit der Fälle um das Kind mit höherem schulischen Kapital".

lich die Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrer personellen Verlängerung in die Gegenwart, weniger gegeben. Zum anderen erschwerte das Wissen um die antifaschistische Vergangenheit der politischen Elite in der DDR eine Auflehnung gegen sie.

In Hinblick auf **kulturelle Generationen** in der DDR und ihrem möglichen Einfluß auf familiäre Generationensolidarität ist insbesondere die Jugendgeneration der 80er Jahre herauszustellen. Immerhin waren es gerade Mitglieder der jungen Generation, die sich einerseits in Kirchenkreisen engagierten, andererseits westliche Pop- und Rockmusik hörten und während und nach dem Zusammenbruch der DDR diese gen Westen verließen (Felber 1990, Kühnel 1990b, Friedrich 1990, Niethammer 1990a, Schwind 1991)<sup>43</sup>. Besonders im Freizeitverhalten schienen sich Gegensätze zwischen der Kollektivorientierung der älteren und der Individualorientierung der jungen Generation aufzutun: "Im Vergleich der heutigen Jugendgeneration mit der ihrer Eltern zeigen sich große Mentalitätsunterschiede, die sich sehr vielfältig artikulieren und - so ist anzunehmen - ein Spannungsfeld zwischen den Generationen konstituieren" (Müller 1990: 70; vgl. Harnisch 1992). Das folgende Zitat einer 16jährigen Schülerin verdeutlicht zumindest eine gewisse Verständnislosigkeit zwischen den Altersgruppen: "Vorbilder unter den Lehrern habe ich nicht, nein wirklich. In der Schule fragen sie uns auch immer wegen Vorbildern. Die wollen immer Thälmann hören. Aber ich kann doch nicht wie Thälmann werden, die Zeiten sind doch ganz anders" (zitiert aus Helwig 1984: 27). Schwind (1991: 74) behauptet sogar: "Der Zusammenbruch der DDR nahm seinen Ausgang an der Schnittstelle eines weitreichenden Generationenkonflikts".

Unterschiede zwischen kulturellen Generationen schlagen sich allerdings nicht automatisch in vehementen Konflikten nieder, sei es auf der gesellschaftlichen, sei es auf der familialen Ebene. Auch Autoren, die sich auf die sozialen Schließungsprozesse und alltagskulturellen Verschiebungen beziehen, weisen auf die engen Beziehungen dieser Jugendlichen zu ihren Eltern hin (z.B. Kühnel 1990a: 33f., 1990b: 111). Selbst wenn sich zwischen den Generationen Mentalitätswandel vollzogen, führte dieser nach Kühnel (1990a) kaum zu offenen Konflikten zwischen Eltern und Kindern. Zudem sind Jugendkulturen, die individuellen Lebensentwürfen folgen und im bewußten Gegensatz zum 'Anpassertum' der älteren Generationen stehen, nicht auf die DDR beschränkt. Eine These, daß sich die Jugendgeneration der 80er Jahre in der DDR durch eine besonders ausgeprägte konfliktreiche Beziehung zu ihren Eltern auszeichnet hat und weiterhin auszeichnet, ist damit nicht von durchschlagender Überzeugungskraft. Man

darf außerdem nicht vergessen, daß in der DDR relativ geringe Lebensstilunterschiede zwischen Kohorten aufgetreten sind.

Damit unterstützt vor allem das Fehlen einer mit der 68er Generation vergleichbaren Protestbewegung in der DDR die These, daß familiäre Generationenbeziehungen in der Deutschen Demokratischen Republik weniger belastet waren als die in der 'alten' Bundesrepublik. Diese geringere Belastung konnte sich in einem Nebeneinanderherleben ausdrücken. Sie konnte aber auch - unter dem Einfluß äußerer Bedingungen - Grundlage für ein Zusammenrücken der Familiengenerationen sein. In diesem Zusammenhang ist der unten diskutierte Stichpunkt 'Rückzug ins Private' von besonderer Relevanz.

## 6. Kirchenmitglieder

Wenn insbesondere die Arbeitskollektive wichtige Vergemeinschaftungsinstanzen in der DDR darstellten, die in Westdeutschland so nicht zu finden waren und sind, so existiert umgekehrt im Westen der Republik eine Gemeinschaftsform, die für die meisten DDR-Bürger von vergleichsweise geringer Bedeutung war und ist, nämlich die Kirchen. In Westdeutschland gehören im Jahre 1991 jeweils etwas mehr als 40 Prozent der Erwachsenen der katholischen und evangelischen Kirche an, und lediglich ein Zehntel ist konfessionslos. In Ostdeutschland sind es nur sechs Prozent, die der katholischen, und 27 Prozent, die der evangelischen Kirche angehören. 64 Prozent sind hingegen konfessionslos, und die meisten von ihnen, jeder vierte Erwachsene, sind auch nicht religiös erzogen worden. Im Westen der Republik glauben zwei Drittel der erwachsenen Menschen an Gott. Im Osten trifft dies lediglich auf ein Viertel zu. Nur ein Fünftel der erwachsenen Westdeutschen geht nie zur Kirche - im Vergleich zu drei Fünfteln der Ostdeutschen (Koch 1992: 602ff.).

Eine Kirchenmitgliedschaft kann zwar in manchen Familien und zwischen manchen Familiengenerationen zu Spannungen führen, wenn z.B. Kinder kaum mehr zur Kirche gehen oder aus der Kirche austreten. Generell kann man jedoch die These aufstellen, daß Kirchenmitglieder, und darunter insbesondere Katholiken, von einer größeren familialen Generationensolidarität berichten. Eine Grund liegt in den geringeren Scheidungsquoten von Katholiken, die sich sowohl auf die kurz- als auch langfristigen Generationenbeziehungen auswirken. Noch wichtiger ist die These, daß vor allem aktive Kirchengänger aufgrund der expliziten und impliziten Ge- und Verbote, wie zum Beispiel dem (vierten) Gebot, seinen Vater und seine Mutter zu ehren, engere Familienbande unterhalten als Konfessionslose, die durch ein solches religiöses Umfeld nicht (mehr) geprägt sind (s. auch Schmidtchen 1984).

Ostdeutsche Familiengenerationen dürften ihre Beziehungen aufgrund der selteneren Kirchenmitgliedschaft somit als weniger eng einschätzen - sei es auf-

43 Allerdings waren die Teilnehmer der Montagsdemonstrationen nach Untersuchungen von Leipziger Soziologen nicht auf eine bestimmte Altersgruppe beschränkt (Kühnel 1990b: 105f.).

grund tatsächlich divergierender Generationenverhältnisse von Kirchenmitgliedern und Konfessionslosen, sei es aufgrund einer größeren Neigung von Kirchenmitgliedern, nach außen hin von engen Familienbeziehungen zu sprechen.

## 7. Tauschnetzwerke

In der DDR waren enge Sozialbeziehungen besonders wichtig, weil man über sie an knappe Güter gelangen konnte. Es war durchaus bedeutsam, die richtigen Bekannten und Verwandten zu haben, die gegebenenfalls helfen konnten, 'Bückware', Tischreservierungen, frisches Obst und Gemüse oder Baumittel zu erhalten (Szydlik 1993: 198f.). Solche Tauschnetzwerke mußten gepflegt werden, so daß man auch deshalb den Kontakt zu manchen Bekannten und Verwandten aufrecht erhielt.

Allerdings ist eine These, daß Eltern-Kind-Beziehungen in der DDR vor allem aufgrund des Zugangs zu Tauschnetzwerken besonders bedeutsam gewesen seien, nicht haltbar. Wenn, dann war ein solches instrumentelles Nützlichkeitskalkül höchstens ein zusätzlicher Grund denn eine vorrangige Ursache für enge Filiationsbeziehungen. Im Vergleich mit anderen Faktoren (wie z.B. der Familie als Gegenpol zum 'System') war ein Nützlichkeitskalkül sicher von nachrangiger Bedeutung. Man kann höchstens vermuten, daß entfernte Verwandte auch aufgrund von Nützlichkeitsabwägungen weiterhin Kontakt zueinander hielten, was schließlich den Familienzusammenhalt insgesamt - und damit indirekt auch Eltern-Kind-Beziehungen - stärkte. Gründe dafür, sich entfernte Verwandte 'warm zu halten', sind aber auch in Westdeutschland gegeben, zum Beispiel bei der Lehrstellen-, Arbeitsplatz- und Wohnungssuche.

Ein wichtiges Argument gegen die Bedeutung des Netzwerkaspekts für familiäre Generationenbeziehungen liegt in der Nützlichkeit der anderen Generation. Da Ressourcen der näheren Verwandtschaft häufig redundant sind (s. Granovetter 1977), kommt eher den sogenannten schwachen Beziehungen eine besondere Bedeutung zu. Für den Zugang zu knappen Gütern ist der erweiterte Freundes- und Bekanntenkreis besonders wichtig. Allerdings konnten in der DDR Eltern und Großeltern im Rentenalter wichtige Ressourcen darstellen, da sie ins westliche Ausland reisen und damit Westwaren zurückbringen konnten.

Gegen eine große Bedeutung von Tauschnetzwerken für Familienbeziehungen in der Deutschen Demokratischen Republik spricht auch die gute Grundversorgung und die geringere soziale Ungleichheit<sup>44</sup>. Es dürften eher die Generatio-

nenbeziehungen in der BRD als die in der DDR von materiellen Ressourcen und Bedürfnissen abhängen, da die Vermögensakkumulation westdeutscher Eltern sehr viel weiter gediehen ist als die von Eltern in der DDR. Westdeutsche Kinder haben einen größeren Anreiz, die Beziehung zu ihren Eltern zu pflegen, weil diese größere Transfers - bis hin zum Erbe - leisten können. Zudem sind Familiengenerationen in der Bundesrepublik aufgrund geringerer öffentlicher Hilfen in stärkerem Maße von privaten intergenerationalen Unterstützungsleistungen abhängig (z.B. Studierende und Alleinerziehende). In Gesellschaften mit größerer privater Kapitalakkumulation und geringerer öffentlicher Absicherung führen die größeren Mittel der Eltern und der größere Bedarf der Kinder zu einer größeren familialen funktionalen Generationensolidarität. Damit muß jedoch keineswegs eine größere affektive Solidarität einhergehen. Man kann im Gegenteil eine entsprechende Belastung des Verhältnisses von Eltern und erwachsenen Kindern unterstellen.

## 8. Peer Groups und Arbeitskollektive

Um die relative Bedeutung der familialen Generationenbeziehungen in der DDR herauszuarbeiten, ist es notwendig, diese nicht nur mit der Familie in Westdeutschland zu vergleichen, sondern sie auch zu alternativen Gemeinschaftsformen in der Deutschen Demokratischen Republik in Bezug zu setzen. Hier waren insbesondere zwei Gruppen von Bedeutung, die potentielle Alternativen bzw. Konkurrenten für die Familie darstellten, nämlich Peer Groups und Arbeitskollektive, wobei diese oftmals zusammenfielen.

Für minderjährige Kinder und Jugendliche spielten Peer Groups eine wichtige Rolle. Zu diesen Gruppen gehörten gleichaltrige Kinder und Jugendliche, mit denen man in den Betreuungseinrichtungen oder in den Kinder- und Jugendorganisationen der Pioniere und der FDJ - sowie darüber hinaus - Zeit verbrachte. Diese Gruppen "waren (...) in den nacheinander zu durchlaufenden Institutionen mit wechselndem pädagogischen Personal eine mehr oder weniger überdauernde Bezugsinstanz, die in ihrer Bedeutung (...) kaum überschätzt werden kann. Aus ihnen kommen 'die Freunde', die bis heute immer wieder von Kindern und Jugendlichen genannten wichtigsten Gesprächs- und Freizeitpartner *nach und neben den Eltern*" (Wald 1995: 215; eigene Hervorhebung).

44 Einige Autoren betonen denn auch das "Vergnügen, die Widrigkeit der Umstände überlistet zu haben, etwa dem Vergnügen vergleichbar, das manche im Westen an einem Billigangebot haben, das zu finden sie mehr Zeit gekostet hat, als sie Geld gespart haben" (Schröder 1992: 6, vgl. Diewald 1995: 228). Dies erinnert auch an das Einschmuggeln und Wiedererkennen von subversiven Zeilen in Liedern,

Gedichten, Romanen oder Theateraufführungen: "Die DDR war ein kleines törichtes Land, das in der Subversivität erhabene Momente fabrizierte. Die Undercover-Dichtung blühte. Oft bauten die Bands sogenannte grüne Elefanten ein, trampelnd nonkonforme Zeilen, eigens zur Streichung verfaßt und unter simulierten Schmerzen zeternd preisgegeben, damit der Zensor die wirklichen Delikatessen übersah" (Dieckmann 1996: 26).

Die DDR war eine Arbeitsgesellschaft (Kohli 1994a), wobei der Arbeitsalltag von vergleichsweise engen Beziehungen zu den Kollegen geprägt war - sei es in Hinblick auf Tauschnetzwerke, sei es in bezug auf Gespräche und ein entsprechendes Zusammengehörigkeitsgefühl (z.B. Gensior 1992). In diesem Sinne unterstellt die 'Entfunktionalisierungsthese', daß wichtige Funktionen der Familie vom Staat und den Betrieben übernommen wurden, was zu einer Destabilisierung der Familie beigetragen hat (s. Rüschemeyer 1988: 293; Dorbritz 1992: 175; Meyer, Schulze 1992; Vaskovics et al. 1994: 157).

Diewald (1995: 237) belegt, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Arbeitskollegen für soziale Unterstützungen nicht unwichtig waren. Für die Anerkennung der persönlichen Leistung stellten sie zum Beispiel die zweitwichtigste Gruppe dar. Gleichzeitig relativieren die Befunde aber die Bedeutung der Arbeitskollegen im Vergleich mit den Familienmitgliedern. Obwohl die Arbeits-sphäre und die Arbeitskollektive für die Arbeitskräfte in der DDR relativ wichtig waren, kamen sie offenbar nicht an die Beziehungen zu den Partnern, Eltern und Kindern heran. Man darf auch nicht vergessen, daß das Verhältnis zu den Personen außerhalb des Familienverbandes durch einen 'Doppelcharakter' mit entsprechenden Belastungen geprägt war (s.u. den Stichpunkt 'Mißtrauen').

Zudem kann man mit der Entfunktionalisierungsthese - übrigens im Einklang mit einigen der genannten Autoren - genau umgekehrt argumentieren: Wenn die Familie von Versorgungsaufgaben und der Erfüllung emotionaler Bedürfnisse (z.B. auch Bedürfnisse nach Kommunikation) entlastet wird, verbessert dies die Beziehungen zwischen den Partnern und Generationen. Die Familie wird durch die Übernahme von bestimmten Funktionen durch Staat und Betrieb nicht destabilisiert, sondern im Gegenteil sogar gestärkt. Man kann damit die These aufstellen, daß Generationenbeziehungen in der DDR aufgrund des besonderen Charakters der Arbeitswelt und der Kollektive unbelasteter - und damit solidarischer - waren als in der 'alten' und 'neuen' Bundesrepublik, wo Probleme im Arbeitsleben relativ ungefiltert in die Familie hineingetragen werden (vgl. z.B. Hess et al. 1991, Landua 1991). Da Kündigungen in der DDR praktisch ausgeschlossen waren<sup>45</sup> und Arbeitslosigkeit nicht existierte, hielten sich psychische Belastungen und existentielle Sorgen aufgrund eines möglichen oder tatsächlichen Arbeitsplatzverlustes in Grenzen. Zudem waren die geringe Konkurrenz innerhalb der Kombinate und Betriebe sowie die persönlicheren Beziehungen zu den Kollegen eher ent- als belastend. Die Familien- und Generationenbeziehun-

45 In der DDR konnte eine Kündigung nur in seltenen Ausnahmefällen ausgesprochen werden. Wenn sie doch gelang, mußte auf die freigewordene Stelle ein neuer Arbeitnehmer beschäftigt werden, der meistens selbst aus einem anderen Betrieb entlassen worden war. Von einem solchen Austausch schwieriger Mitarbeiter wurde dann oft von vornherein abgesehen (Thiel 1990, Rottenburg 1991: 312, Szydlik 1993: 48f.).

gen werden eher in der marktwirtschaftlich verfaßten Bundesrepublik durch Konkurrenz, Arbeitslosigkeit und finanzielle Engpässe belastet.

## 9. Rückzug ins Private

Die DDR war eine Nischengesellschaft (Gaus 1983). Die starke Einbindung des Individuums in gesellschaftliche Aktivitätsformen sowie die Durchdringung der meisten Lebensbereiche von Staat und Partei führten dazu, daß privaten Bereichen eine um so größere Bedeutung zukam. "[D]ie Familie in der DDR [ist] mehr und mehr zum Synonym für Freizeit und Privatsein, für eine breite Palette individueller Lebenstätigkeiten außerhalb der gesellschaftlichen Aktivitätsformen geworden" (Gysi 1990: 34). In der Familie konnte man sich so geben, wie man war. Sie war mit der letzte Ort, an dem man sich sicher fühlen konnte, an dem man nicht mehr streng differenzieren mußte zwischen offizieller und privater Meinung, zwischen eigenen Vorstellungen und den vom Partei- und Staatsapparat geforderten Floskeln und Verhaltensweisen. Damit erfuhr die Familie eine nicht zu überschätzende Aufwertung.

Hinzu kam ein zweiter Aspekt: Die Familie erwies sich nicht nur als "Gegenwelt zur Gesellschaft" (Gysi 1990: 34), weil sie deutlich anders war als der offizielle öffentliche Raum. Die Familie - und damit insbesondere auch Generationenbeziehungen - wurde auch aufgewertet, weil die politische Führung mehr und mehr darin versagte, den Individuen Wertorientierungen anzubieten und sinnstiftend zu wirken. Da potentiell sinnstiftende Alternativen geringe Spielräume offerierten, kam der Familie eine um so größere Bedeutung zu. Neben der stark eingeschränkten kritischen politischen Partizipation führte besonders der Wertausfall im Arbeitsbereich zu einer größeren Hinwendung zur Familie. Die Arbeit im Betrieb bzw. Kombinat mit den immer offenkundiger werdenden Problemen im Produktionsprozeß wurde ein immer unwichtigerer Lebensbereich. Dies drückte sich beispielsweise am mangelnden Interesse an beruflichen Aufstiegen oder in Bemerkungen wie "Privat geht vor Katastrophe" aus, mit denen sich Arbeiter zuweilen in den Feierabend verabschiedeten, wenn im Betrieb dringend Arbeitskräfte für Überstunden benötigt wurden. Die im Vergleich mit der Bundesrepublik auffällig schlechtere Versorgung mit Luxusgütern sowie die eingeschränkte Reisefreiheit verstopften ebenfalls mögliche Ventile. Das Zusammenwirken dieser Defizite zeigt sich exemplarisch am Beispiel 'Geld': Auch wenn man das Ausmaß der Einkommensungleichheit in der Deutschen Demokratischen Republik nicht unterschätzen sollte, existierte doch eine geringere Verdienstspreizung (Szydlik 1993). Für die Arbeitskräfte lohnte es sich kaum, die offizielle Arbeit zum wichtigen Lebensinhalt zu machen, um mehr zu verdienen als andere. Außerdem konnte man mit seinem Verdienst weniger anfangen, weil es an den entsprechenden Waren fehlte - was wiederum

ein Grund dafür war, den Arbeitseinsatz und den Wunsch nach Beförderung in Grenzen zu halten. Dies soll natürlich nicht unterstellen, daß die Einkommen keine Bedeutung gehabt hätten.

Für die Deutsche Demokratische Republik läßt sich somit ein Rückzug der DDR-Bürger ins Private konstatieren, der die Familienbeziehungen um so wichtiger werden ließ und somit zu einer besonderen Generationensolidarität beitrug. In gewisser Weise kann man die Familie in der DDR sogar als eine Art "Notgemeinschaft gegen das 'System'" (Diewald 1995), als "privates Refugium" (Huinink, Wagner 1995: 151) ansehen, wobei alle anderen, also die, die man nicht kannte, zuweilen sogar als Gegner wahrgenommen wurden (Srubar 1991: 424; s. auch Kühnel 1990a; Vaskovics et al. 1994: 157f.; Mayer 1995: 366; Schneider et al. 1995: 5). Dies soll allerdings nicht unterstellen, daß in westlichen Gesellschaften die Familie keine 'Nische' darstellt (Diewald 1995: 258). Die aufgeführten Argumente sprechen jedoch dafür, daß der Nischen- und Rückzugscharakter von Familien in der Deutschen Demokratischen Republik stärker ausgeprägt war als bei Familien in der 'alten' Bundesrepublik Deutschland.

## 10. Mißtrauen

Eine Diskussion der Familienbeziehungen in der DDR wäre unvollständig, wenn man nicht auch das Thema 'Mißtrauen' ansprechen würde. Inwiefern hatte die Durchdringung des alltäglichen Lebens durch Staat und Partei mit den damit einhergehenden Bespitzelungen durch die informellen Mitarbeiter der Staatssicherheit zu einem allgemeinen Klima des Mißtrauens in der DDR geführt, das selbst die Familienbeziehungen berührte? Wie offen und ehrlich konnte man mit wem umgehen, ohne hinsichtlich seiner eigenen Regimetreue in Verdacht zu geraten? Zudem: War man freundlich zueinander, weil man sich wirklich schätzte, oder weil der andere im Sinne eines ökonomisch-instrumentellen Kalküls nützlich sein konnte (s. Engler 1991, 1992; Schröder 1992; Pollack 1994; Diewald 1995: 230)<sup>46</sup>?

46 Engler (1991: 3) führt auf: "Und so geschah es häufig. Kinder, die in 'sensiblen' Berufen arbeiteten, brachen mit ihren Eltern, die sich nicht bereit fanden, persönliche Brücken in die andere, die westliche Welt, abzurechnen; Eltern verstießen ihre Kinder, die jede Hoffnung verloren und sich zur Auswanderung oder zur Flucht entschlossen hatten; Ehepartner und Freunde entfremdeten sich aus denselben oder ganz ähnlich gelagerten Ursachen". Schröder (1992: 4) stellt fest: "Die marxistisch-leninistische Ideologie hat sehr wirksam die elementare Sittlichkeit ruiniert. Ich meine damit die in allen Kulturen konstanten Regeln der zwischenmenschlichen Nahbeziehungen zu Verwandten, Freunden, Nachbarn und Gästen".

Diese Fragen sind - insbesondere aus der Perspektive des westdeutschen Betrachters - nicht leicht zu beantworten. Zwar wurde nach dem Zusammenbruch der DDR peu à peu bekannt, welche Ausmaße die DDR-interne Ausspioniererei ihrer Bürgerinnen und Bürger tatsächlich angenommen hatte. Dies sagt jedoch noch nicht viel über das *angenommene* Ausmaß der Bespitzelungen in der DDR-Bevölkerung und, damit einhergehend, das allgemeine Mißtrauen gegenüber Arbeitskollegen, Nachbarn, Bekannten, Freunden und Verwandten als potentielle Informanten<sup>47</sup>.

In der DDR konnte es zwar schwierig sein, genau zu wissen, wem man trauen konnte und wem man mißtrauen mußte. Dies spricht jedoch nicht gegen die Hypothese von der Familie als Rückzugsraum, sondern unterstützt sie sogar. Die Familie war gerade aufgrund ihrer unsicheren Umwelt als Gegenpol besonders bedeutsam. Die Weitergabe von Informationen über den eigenen Ehepartner, über die eigenen Kinder und Eltern war die große Ausnahme. Dasselbe gilt für 'ein Verstoßen der Kinder aufgrund deren Auswanderung oder Flucht' (Engler 1991: 3). Die Angst vor Bespitzelung reichte im allgemeinen nicht in die engste Privatsphäre hinein. Im Gegenteil: Das Mißtrauen gegenüber denen, die sich außerhalb dieser Privatsphäre befanden, hat die Solidarität innerhalb derselben noch verstärkt<sup>48</sup>.

## 2.4 Kurzfazit

Das Ziel dieses Kapitels war es, Grundlagen für die folgenden empirischen Analysen zu legen. Zunächst wurde grundsätzlich zwischen familialen und ge-

47 Niethammer (1990b: 66f.) spricht hierbei von einer "Derealisierung der Kontrolle durch Gewöhnung. (...) der Geheimdienst [war] in unübersehbarer Weise öffentlich präsent (...). Jeder hatte seine Kommunikationsgewohnheiten darauf eingestellt, daß man wirklich Vertrauliches am besten im Grünen besprach und beim Hinzutritt von Dritten, etwa Kellnern, das Gespräch unterbrach, daß man aber im übrigen sich mit den Jahren ohnehin so verhielt, als würde nichts oder alles beschnüffelt. Man konnte in der DDR nicht leben, wenn man ständig auf die offensichtliche Präsenz der Stasi und anderer Ohren des Staates starrte".

48 Jens Reich (1999: 12) berichtet: "Ein wesentlicher Teil meiner DDR-Sozialisierung bestand darin, das berühmte orwellsche *double-speak* zu erlernen und auch meine Kinder darin auszubilden. Was im privaten Bereich gesagt und gedacht wurde, war grundverschieden von dem, was wir öffentlich zeigten. (...) So stand alles, was sie sagten oder schrieben, gewissermaßen in Anführungszeichen: Der Marxismus-Leninismus lehrt Folgendes, und dann spulte man die Theoreme ab. Zu Hause wurde dann gelernt, was daran zutrif und was falsch oder verlogen war, aber das verschwiegen man naturgemäß in der Schule".

sellschaftlichen Generationen unterschieden, wobei letztere weiterhin in ökonomische, politische und kulturelle Generationen aufgeschlüsselt wurden. Obwohl familiäre und gesellschaftliche Generationen distinktive Konzepte darstellen, können sie auf vielfältige Weise miteinander verbunden sein.

In einem zweiten Schritt ging es um die Frage, was man unter einer familialen Generationensolidarität verstehen kann. Dabei wurde vorgeschlagen, zwischen einer funktionalen, einer assoziativen und einer affektiven Solidaritätsdimension zu unterscheiden. Zudem wurde ein heuristisches Modell familialer Generationensolidarität entwickelt. Es ist ein zentrales Anliegen der folgenden Kapitel, die empirische Bedeutung der in dem Modell aufgeführten Opportunitäts-, Bedürfnis-, familialen und kulturell-kontextuellen Strukturen zu ermitteln.

Eine Studie, die sich mit ost- und westdeutschen Generationenbeziehungen befaßt, muß sich zunächst mit den besonderen intergenerationalen Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen. Dabei darf man nicht den Fehler machen, die Familien- und Generationenbeziehungen in der DDR mittels einiger weniger griffiger Formeln pauschal abbilden und erklären zu wollen (vgl. Mayer 1995: 366). Das erste Ergebnis der hier geführten Diskussion ist die Komplexität der Familien- und Generationenverhältnisse in der DDR - und damit auch die der Familienforschung<sup>49</sup>. Außerdem ist bei diesem Thema gerade für einen westdeutschen Beobachter besondere Vorsicht geboten.

Eines läßt sich als Zwischenfazit immerhin sagen: Die familialen Generationenbeziehungen in der DDR waren von einer vergleichsweise großen Solidarität geprägt. Dafür waren in erster Linie spezifische (intendierte und nicht-intendierte) kulturell-kontextuelle Strukturen verantwortlich, die sich dann auf die Opportunitäts-, Bedürfnis- und familialen Strukturen ausgewirkt haben. Diese Hypothese wird durch eine Reihe von Argumenten gestützt: Zunächst weist die hohe Geburtenrate in der Deutschen Demokratischen Republik darauf hin, daß für die allermeisten DDR-Bürger in der Abwägung der Vor- und Nachteile von Kindern die positiven Aspekte überwogen. Die hohe Fertilität, die generell nicht auf mehr Kindern pro Frau sondern auf mehr Frauen mit Kindern beruhte, belegt auch, daß minderjährige und erwachsene Kinder für vergleichsweise viele Menschen Teil ihres Lebens waren - sie erfuhren und erfahren familiäre Generationenbeziehungen nicht nur aus der Perspektive des (erwachsenen) Kindes zu

49 Übrigens wurde in der DDR nur wenig Forschung über Generationenbeziehungen durchgeführt, und wenn, dann wurde damit oft eine politisch erwünschte Zielrichtung verbunden (s. Schneider 1994: 43f.). Eine Studie des Zentralinstituts für Jugendforschung der DDR über Lehrlinge kam z.B. zu dem Ergebnis, daß es in den Familien der DDR keine Anzeichen für einen Generationenkonflikt gibt, wobei weiterhin ein "enges Zusammenwirken der Kader der Berufsbildung und der FDJ mit den Eltern der Lehrlinge" erforderlich sei (Gerth et al. 1986).

seinen Eltern, sondern auch umgekehrt. Zudem spricht die relativ frühe Geburt von Kindern mit dem damit einhergehenden geringeren Altersabstand zwischen den Familiengenerationen für größere Aktivitätsmöglichkeiten und geringere Diskrepanzen zwischen Eltern und Kindern aufgrund gemeinsamer Erfahrungen (familiale Strukturen).

Auch beim täglichen Familienleben haben minderjährige Kinder und Jugendliche in DDR-Familien eine relativ große Rolle gespielt. Zwar haben ostdeutsche Mütter aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit weniger Zeit mit ihren Kindern verbringen können als westdeutsche Mütter. Wenn sie jedoch aufgrund ihrer Berufstätigkeit zufriedener mit sich und der eigenen Situation waren, dürfte sich dies auch positiv auf die Qualität des Familienlebens ausgewirkt haben. Manche Kinder haben die gemeinsame Zeit mit der Mutter auch deshalb besonders geschätzt, weil sie - ähnlich wie der Vater - eben nicht selbstverständlich immer zur Verfügung stand und weil sich die Zeit mit den Eltern positiv gegenüber der in den öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen abhob. Zudem dürfte sich der relativ große Einsatz der Väter in puncto Familienarbeit positiv auf das Verhältnis zu den Kindern ausgewirkt haben.

Verbindungen zwischen familialen und gesellschaftlichen Generationen können ebenfalls als Indizien für eine größere Generationensolidarität in der Deutschen Demokratischen Republik herangezogen werden: Einerseits führte die eingeschränkte soziale Mobilität der jüngeren Jahrgänge zu einer relativ geringen sozialen Distanz zwischen den Familiengenerationen. Andererseits trug das weitgehende Fehlen einer 68er Generation zu einer geringeren Entfremdung zwischen den familialen Generationen bei.

Schließlich spricht das Verhältnis der Familie zu der sie umgebenden Umwelt für eine größere Solidarität in DDR-Familien. Ein Argument ist der Rückzug ins Private, wobei die Familie eine Art Gegenwelt gegenüber der Gesellschaft darstellte. Dafür waren nicht zuletzt die Durchdringung der meisten Lebensbereiche durch Staat und Partei, ein allgemeines Mißtrauen gegenüber Personen außerhalb des engen Familienkreises sowie der Mangel an Sinnstiftendem in der DDR-Gesellschaft verantwortlich. Gleichzeitig wurde die Familie in der DDR von Problemen verschont, die vor allem die Familien- und Generationenbeziehungen in der 'alten' und 'neuen' Bundesrepublik Deutschland belasten, nämlich Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und innerbetriebliche Konkurrenz. Die vergleichsweise engen Beziehungen zu den Arbeitskollegen dürften die Familie in der DDR damit weniger destabilisiert denn gestützt haben.

Man darf allerdings nicht unterschlagen, daß die Hypothese von der besonderen Generationensolidarität in der DDR durch einige Argumente eingeschränkt wird: Zunächst ist festzuhalten, daß die Hypothese nicht gleichermaßen für alle Solidaritätsaspekte gilt. Sie bezieht sich vorrangig auf die affektive und assoziative Solidaritätsdimension. In Hinblick auf monetäre Transfers ist jedoch von



einer geringeren funktionalen Solidarität in der Deutschen Demokratischen Republik auszugehen, und zwar wegen des geringeren ökonomischen Bedarfs (Bedürfnisstrukturen) an finanzieller Unterstützung sowie der geringeren Ressourcen für monetäre Transfers zu Lebzeiten und danach (Opportunitätsstrukturen).

Das Argument, daß soziale Beziehungen in der DDR in Hinblick auf Tauschnetzwerke wichtiger waren als anderswo, läßt sich zwar für Bekannte und entferntere Verwandte vertreten, jedoch nicht für die Beziehung zwischen Eltern und Kindern. Die hohe Scheidungsquote in der DDR ist zwar kein Beleg für 'schlechtere' Ehen. Man kann jedoch davon ausgehen, daß die Generationenbeziehung zum abwesenden Elternteil, also zumeist dem Vater, auch auf Dauer unter den Ursachen und Folgen einer Scheidung leidet. Schließlich weist der hohe Anteil an Konfessionslosen in der DDR darauf hin, daß vergleichsweise wenige Ostdeutsche aus religiösen Gründen von einer besonderen Generationensolidarität sprechen. Weitere mögliche Kontra-Argumente haben sich aufgrund der Diskussion jedoch als wenig stichhaltig erwiesen. Sie können vielmehr sogar als Unterstützung der allgemeinen These herangezogen werden (Stichpunkte 'Familienzeit', 'Arbeitskollektive' und 'Mißtrauen').

Spezifischere Hypothesen zu den verschiedenen Aspekten der familialen Generationensolidarität von Ost- und Westdeutschen werden in den folgenden Kapiteln vorgestellt, diskutiert und empirisch überprüft.